



Konrad
Adenauer
Stiftung

PARTEIENMONITOR

Elmar Wiesendahl

SPD 2017

Eine Partei zwischen Zuversicht und
strategischer Lähmung



SPD 2017

Eine Partei zwischen Zuversicht und
ungelöster Standortbestimmung

Elmar Wiesendahl

Eine Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

ClimatePartner^o
klimateutral

Druck | ID 53323-1701-1006



Urheber:
Elmar Wiesendahl

Herausgeberin:
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 2017, Sankt Augustin/Berlin



Diese Publikation ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 3.0 Deutschland“, CC BY-SA 3.0 DE (abrufbar unter: <http://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/>).

Gestaltung: SWITSCH Kommunikationsdesign, Köln
Satz: workstation, Niederkassel
Lektorat: Jenny Kahlert, Konrad-Adenauer-Stiftung
Umschlagfoto: Juliane Liebers, Konrad-Adenauer-Stiftung
Druck: Bonifatius GmbH, Paderborn.
Printed in Germany.
Gedruckt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.

ISBN 978-3-95721-275-7

INHALT

5	 1. EINLEITUNG	
7	 2. DIE SPD IN DER WÄHLER- UND PARTEIENLANDSCHAFT DEUTSCHLANDS	
	2.1 Die SPD in der Talsohle	7
	2.2 Die SPD im Parteiengefüge der Länder	10
13	 3. DIE ORGANISATORISCHE BESCHAFFENHEIT DER SPD	
	3.1 Die Mitgliederpartei im Niedergang	13
	3.2 Nachwuchskrise und Überalterung	15
	3.3 Strukturwandel des Sozialprofils	17
	3.4 Die ausbleibenden Erfolge der Organisationsreform von 2011	19
	3.5 Führungsstruktur und Machtverhältnisse	23
	3.6 Die Führungsreserve der SPD	27
	3.7 Der Parteivorsitz unter Sigmar Gabriel	28
	3.8 Die Aufstellung von Martin Schulz zum Kanzlerkandidaten	29
	3.9 Die Lage des Willy-Brandt-Hauses	32
	3.10 Gruppen und ideologische Flügel	33
37	 4. DIE SPD AUF DER SUCHE NACH IHREM STANDORT UND IHREM VERTRETUNGSPROFIL	
	4.1 Der Einbruch der SPD in ihrer Stammwählerschaft	37
	4.2 Die Agenda 2010 und der Bruch der SPD mit ihrer Traditionswählerschaft	39
	4.3 Der Konflikt um die „Mitte“-Zielgruppenausrichtung der Partei	43

4.4 Die SPD in der strategischen Falle	47
4.5 Das strategische Standort-Dilemma der SPD im Zeichen der Flüchtlingskrise	50
4.6 Machtoptionen und Koalitionsstrategien der SPD für 2017.....	54
4.7 Markenkern und Profilschärfung der SPD im Wahljahr 2017.....	58
 63 5. SCHLUSS	
 67 LITERATUR- UND QUELLENVERZEICHNIS	
 74 DER AUTOR	
 74 ANSPRECHPARTNER IN DER KONRAD-ADENAUER- STIFTUNG	

1. Einleitung

Mitte Januar 2017 hat die SPD einen Wechsel im Parteivorsitz von Sigmar Gabriel auf Martin Schulz verkündet, bei dem Schulz auch die Rolle des Kanzlerkandidaten zufiel. Dies hat der Partei neue Zuversicht für das Bundestagswahljahr eingehaucht. Schulz' Anspruch, die Partei zur stärksten politischen Kraft zu machen und den Kanzler stellen zu wollen, beflügelt die SPD. Der neue Spitzenmann hat der Partei einen Stimmungsumschwung beschert. Schulz selbst steht in Umfragen auf Augenhöhe mit der Kanzlerin. Die Aussichten auf eine von der SPD angeführte Koalition verbessern sich dadurch. Angesichts erhöhter Volatilität des Wahlverhaltens und der zu erwartenden Erweiterung und Umschichtung der Parteienlandschaft hin zu einem Sechsparteienbundestag kann es aber auch anders kommen. Zudem ist die Partei mit Strukturproblemen wie der Erosion ihrer Stammwählerschaft, der organisatorischen Auszehrung und der Klärung ihrer Kursausrichtung konfrontiert, die allesamt der Lösung harren.

Die SPD hat sich stark veränderten Rahmenbedingungen eines intensivierten und fluiden Parteienwettbewerbs zu stellen, der nicht mehr von lagergebundenen Koalitionsbildungen geprägt ist. Vor diesem Hintergrund wird ihre politische Kursausrichtung anzupassen sein, um ihre Wählerbasis zu halten oder zu erweitern. Schließlich gilt es, sich koalitionspolitisch so zu positionieren, dass eine von ihr angeführte Regierungskoalition jenseits der Union im Bereich des Möglichen ist. Es ist eine

Machtperspektive aufzutun, die nach dem Wahltag ein Alternativbündnis mit der SPD als Kanzlerpartei eröffnet.

Um von Machtoptionen nicht ausgeschlossen zu werden, wird von der SPD geschickte koalitionspolitische Flexibilität erwartet. Ob sie ihren lähmenden innerparteilichen Richtungsstreit in einen konstruktiven Konsens aufzulösen vermag, wird über ihre Strategiefähigkeit und ihren elektoralen Wiederaufstieg entscheiden. Wie weit es ihr gelingt, ihre Mitgliederauszehrungsprobleme in den Griff zu bekommen, befindet über ihre gesellschaftliche Präsenz und organisatorische Kampagnenfähigkeit. Die kritische Entwicklung der Mitgliederzahlen entscheidet mittlerweile über einiges mehr, nämlich darüber, ihren Charakter als lebendige, attraktive Mitgliederpartei zu erhalten. Die Führung der Partei muss sich auch unter Martin Schulz die Frage stellen lassen, ob ihr das Fehlen eines Machtzentrums wirklich gut tut. Und nicht zuletzt ist für ihre Erfolgsaussichten von großem Gewicht, ob sich die vom frisch gekürten Kanzlerkandidaten Schulz entfachte Aufbruchstimmung in Wählerstimmen auszahlt.

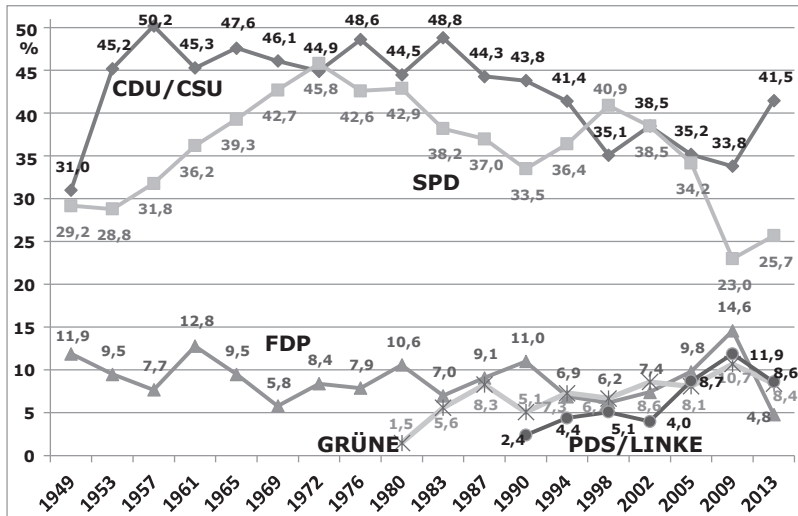
Ein Blick auf den aktuellen Zustand der Partei soll Antworten auf die aufgeworfenen Fragen geben. In einer Bestandsaufnahme wird dargelegt, wie die SPD aufgestellt und ausgerichtet ist, um der veränderten Lage gerecht zu werden. Entwicklungslinien werden zurückverfolgt, auf der Suche nach Ursachen, die den gegenwärtigen Zustand der Partei erklären. Es wird gezeigt, wie sich die politischen Kräfteverhältnisse in der letzten Zeit zugunsten und zuungunsten der SPD verschoben haben und welche Aussichten sich daraus für die Partei im Wahljahr 2017 ergeben. Für das Wettbewerbsprofil der SPD ist es ausschlaggebend, eine Kursausrichtung zu finden, die die verbliebene Wählerschaft hält und verlorene Wähler zurückgewinnt. Dem entgegen steht der intern nicht ausgestandene Richtungsstreit, für wen die SPD Sprachrohr sein will und wo sie sich in der Parteien- und Wählerlandschaft aufstellen soll.

2. Die SPD in der Wähler- und Parteienlandschaft Deutschlands

2.1 Die SPD in der Talsohle

Die SPD hat in der siebzigjährigen bundesdeutschen Nachkriegszeit eine bewegte Geschichte hinter sich, die von mehreren Aufwärts- und Abwärtsbewegungen der Wählergunst geprägt ist (Abbildung 1). Zunächst verringerte sie dank des „Genossen Trend“ den Abstand zur CDU/CSU Schritt für Schritt und sammelte nach 17 langen Oppositionsjahren von 1966 bis 1969 erstmals Regierungserfahrungen als Juniorpartner an der Seite der Unionsparteien in einer Großen Koalition. Es folgten von 1969 bis 1982 die sozialliberalen Regierungsjahre unter den Kanzlern Willy Brandt und Helmut Schmidt mit dem Gipfelpunkt des Wählerzuspruchs von 44,9 Prozent bei den Bundestagswahlen 1972. Danach fiel die SPD in der Wählergunst zurück, wobei der Abstieg 1990 auf 33,5 Prozent einen vorläufigen Tiefpunkt darstellt. Der letzte Aufstieg fand in den 1990er Jahren statt und führte 1998 mit einem Ergebnis von 40,9 Prozent zum rot-grünen Machtwechsel unter Kanzler Gerhard Schröder. Danach begann ein beispielloser Fall, der 2009 in der Talsohle von 23,0 Prozent Stimmenanteil endete. 2013 konnte der Absturz der Partei leicht abgefangen werden, als sich die SPD um 2,7 Prozentpunkte auf ein Gesamtergebnis von 25,7 Prozent steigerte.

Abbildung 1: Bundestagswahlresultat 1949-2013



Quelle: Der Bundeswahlleiter.

Diese leichte Erholung kann aber nicht kaschieren, dass die SPD seit 1998 zehn Millionen Wählerinnen und Wähler verloren hat. Wählerverluste gingen nach kumulierten Wählerwanderungsbilanzzahlen von Infratest dimap in alle Richtungen. Die stärkste Abwanderung mit über 40 Prozent erfolgte zum bürgerlichen Parteienlager hin, 31 Prozent gingen an die Grünen und die Linke verloren und mehr als ein Viertel flossen ins Nichtwählerlager.

Der elektorale Höhenflug der SPD von 1998, der zum rot-grünen Regierungswechsel führte, währte nur kurz. Der sich anschließende Abstieg wurde durch ein konjunkturelles Zwischenhoch hinausgezögert. 2002 war es nur dem fulminanten Wahlkampf Schröders zu verdanken, den demoskopisch vorhergesagten Sieg der Union mit dem Spitzenkandidaten Stoiber noch auf der Zielgeraden abzufangen. Mit der Schröder-Regierung II holte die Partei die Wählerkrise wieder ein. Als 2003 die Agenda 2010 mit den sogenannten „Hartz-Gesetzen“ beschlossen und durchgesetzt wurde, entlud sich bei den nachfolgenden Landtagswahlen der Wählerprotest. Bei den vorgezogenen Bundestagswahlen 2005 sackte die SPD um 4,3 Prozentpunkte auf 34,2 Prozent ab und wurde von der CDU/CSU mit 35,2 Prozent überholt. Trotz des Wählerschwunds konnte die SPD ihre Regierungsbeteiligung als Juniorpartner in einer Großen Koalition unter

Kanzlerin Angela Merkel fortsetzen. Hervorzuheben ist der Kraftakt des SPD-Arbeitsministers Müntefering, der die Rente mit 67 gegen den Widerstand von Teilen der SPD und der Gewerkschaften durchsetzte. 2009 stürzte die SPD nach einem verunglückten Wahlkampf mit dem Kanzlerkandidaten Frank-Walter Steinmeier um 10,1 Prozentpunkte auf desaströse 23,0 Prozent ab, was sie deutlich hinter ihr Ausgangsniveau von 1949 zurückwarf. Bei den letzten Bundestagswahlen 2013 trat sie unter dem Kanzlerkandidaten Peer Steinbrück mit einem Gerechtigkeitswahlkampf an. Wider ihre Erwartungen konnte sich die SPD aber nur auf 25,7 Prozent Stimmenanteil verbessern.

Mit Blick auf das Wahljahr 2017 hat die Bundes-SPD einige Widrigkeiten ins Kalkül zu ziehen. Zunächst einmal verharnte sie, trotz der Durchsetzung sozialdemokratischer Kernanliegen in der Großen Koalition – etwa Mindestlohn oder Mietpreisbremse – demoskopisch wie versteinert bei rund 25 Prozent. Der parlamentarische Durchbruch der AfD bei den Landtagswahlen seit 2014 hat zu einem weiteren Wählerschwund geführt. Eine bedrohliche Entwicklung für die SPD stellt des Weiteren das angewachsene soziale Gefälle in der Wahlbeteiligung dar, das der SPD vor allem in ihren einstmaligen städtischen Wählerhochburgen zum Nachteil gereicht. So fiel die Wahlbeteiligung bei den letzten Bundestagswahlen in städtischen Problemgebieten mit hoher Arbeitslosigkeit und überdurchschnittlich vielen Hartz-IV-Empfängern auf teilweise deutlich unter 50 Prozent, während sie in gutbürgerlichen Quartieren mit hohem Bildungs- und Einkommensniveau sowie geringer Arbeitslosigkeit deutlich höher ausfiel (Schäfer 2012; Schäfer, Vehrkamp und Gagne 2013; Kaeding und Haußner 2016: 6 ff.).

Den Hoffnungen auf einen für 2017 angepeilten Wiederaufstieg in der Wählergunst steht ein weiteres Problem im Weg. So tut sich beim Abschneiden der Partei in den verschiedenen Wahlgebieten der Bundesrepublik ein großes Gefälle auf (Tabelle 1). Schon 2013 konnte die SPD ihre 25,7 Prozent nur deshalb erreichen, weil sie im protestantisch geprägten Nordwesten der Republik und in Nordrhein-Westfalen die 30 Prozent-Marke überschritt. Anders im Südwesten, wo die Partei strukturell schwächelt. Heruntergezogen wird die SPD jedoch durch die Ergebnisse im Osten Deutschlands, der der Partei in besseren Zeiten noch Wahlsiege bescherte (Wiesendahl 2014: 25). Von den Stimmenverlusten der SPD seit 1998 gingen 41,4 Prozent auf das West- und 58,5 Prozent auf das Ost-Konto. Im Bundestagswahljahr 2013 erreichte der West-Ost-Abstand

10 Prozent. Sollte diese Entwicklung nicht gestoppt werden, wird die SPD ihre Wählersubstanz nicht verbreitern können.

Tabelle 1: Die Zweitstimmenentwicklung der SPD bei Bundestagswahlen 1998 bis 2013 nach Wahlgebieten

		1998	2002	2005	2009	2013
Bundesgebiet	Stimmen absolut	20.181.269	18.488.668	16.194.665	9.990.488	11.252.215
	Stimmen in Prozent	40,9	38,5	34,2	23,0	25,7
	Veränderung zur Vorwahl	+ 4,5	- 2,5	- 4,3	- 11,2	+ 2,7
Wahlgebiet West*	Stimmen absolut	16.842.057	15.028.217	13.494.029	8.622.612	9.866.937
	Stimmen in Prozent	42,3	38,3	35,1	24,1	27,4
	Veränderung zur Vorwahl	+ 4,8	- 4,0	- 3,2	- 11,0	+ 3,3
Wahlgebiet Ost**	Stimmen absolut	3.339.212	3.460.451	2.700.636	1.367.876	1.385.278
	Stimmen in Prozent	35,1	39,7	30,4	17,9	17,9
	Veränderung zur Vorwahl	+ 3,6	+ 4,6	- 9,3	- 12,5	0,0
*inklusive Westberlin; **inklusive Ostberlin						

Quellen: Der Bundeswahlleiter, eigene Berechnungen.

2.2 Die SPD im Parteiengefüge der Länder

Während die SPD im Bund seit 2009 von der Union mit Abstand auf die Plätze verwiesen wird, ist von diesem asymmetrischen Machtgefälle auf Länderebene wenig zu spüren. Dies gilt für die SPD mit ihren Regierungsbeteiligungen von 1949 an, bei denen sie der Union über die Jahrzehnte kaum nachstand und sie temporär sogar Vorteile aus ihrer Oppositionsrolle im Bund ziehen konnte (Spier und von Alemann 2013: 460 f.). Zwar wurde die Partei im Gefolge der Agenda 2010 bei Landtagswahlen 2003 und 2004 massiv abgestraft, konnte sich aber bei den darauffolgenden Wahlen wieder erkennbar erholen. Die Probleme der 2009 im Bund an die Macht gekommenen CDU/CSU-FDP-Koalition gaben der SPD auf Länderebene Rückenwind: Die zuvor abgelösten SPD-geführten Landesregierungen Schleswig-Holstein und Niedersachsen kehrten wieder an die Macht zurück. Gleiches gilt für Nordrhein-Westfalen (s. Tabelle 2).

Tabelle 2: Abschneiden der SPD bei den letzten drei Landtagswahlen

Land	LTW	SPD-Zweitstimmen in %	Gewinn/Verlust in %	Regierungskoalition	Ministerpräsident/in
Baden-Württemberg	26.03.2006	25,2	- 8,1	CDU, FDP	G. Oettinger / S. Mappus (CDU)
	27.03.2011	23,1	- 2,1	Grüne, SPD	W. Kretschmann (Grüne)
	13.03.2016	12,7	- 10,4	Grüne, CDU	W. Kretschmann (Grüne)
Bayern	21.09.2003	19,6	- 9,1	CSU	E. Stoiber/ G. Beckstein (CSU)
	28.09.2008	18,6	- 1,0	CSU, FDP	H. Seehofer (CSU)
	15.09.2013	20,6	+ 2,0	CSU	H. Seehofer (CSU)
Berlin	17.09.2006	30,8	+ 1,1	SPD, Linke	K. Wowerit (SPD)
	18.09.2011	28,3	- 2,5	SPD, CDU	K. Wowerit/ M. Müller (SPD)
	18.09.2016	21,6	- 6,7	SPD, Grüne, Linke	M. Müller (SPD)
Brandenburg	19.09.2004	31,9	- 7,4	SPD, CDU	M. Platzek (SPD)
	27.09.2009	33,0	+ 1,1	SPD, Linke	M. Platzek/ D. Woidke (SPD)
	14.09.2014	31,9	- 1,1	SPD, Linke	D. Woidke (SPD)
Bremen	13.05.2007	36,7	- 5,6	SPD, Grüne	J. Böhrnsen (SPD)
	22.05.2011	38,6	+ 1,9	SPD, Grüne	J. Böhrnsen (SPD)
	10.05.2015	32,9	- 5,7	SPD, Grüne	C. Sieling (SPD)
Hamburg	24.02.2008	34,1	+ 3,6	CDU, Grüne	O. von Beust (CDU)
	20.02.2011	48,4	+14,3	SPD	O. Scholz (SPD)
	15.02.2015	45,6	- 2,8	SPD, Grüne	O. Scholz (SPD)
Hessen	27.01.2008	36,7	+ 7,6	CDU	R. Koch (CDU)
	18.01.2009	23,7	-13,0	CDU, FDP	R. Koch / V. Bouffier (CDU)
	22.09.2013	30,7	+ 7,0	CDU, Grüne	V. Bouffier (CDU)
Mecklenburg-Vorpommern	17.09.2006	30,2	-10,4	SPD, CDU	H. Ringstorff/ E. SELLERING (SPD)
	04.09.2011	35,6	+ 5,4	SPD, CDU	E. SELLERING (SPD)
	04.09.2016	30,6	- 5,0	SPD, CDU	E. SELLERING (SPD)
Niedersachsen	02.02.2003	33,4	-14,5	CDU, FDP	C. Wulff (CDU)
	27.01.2008	30,3	-3,1	CDU, FDP	C. Wulff / D. McAllister (CDU)
	20.01.2013	32,6	+2,3	SPD, Grüne	S. Weil (SPD)
Nordrhein-Westfalen	22.05.2005	37,1	- 5,7	CDU, FDP	J. Rüttgers (CDU)
	09.05.2010	34,5	- 2,6	SPD, Grüne	H. Kraft (SPD)
	13.05.2012	39,1	+ 4,6	SPD, Grüne	H. Kraft (SPD)
Rheinland-Pfalz	26.03.2006	45,6	+ 0,9	SPD	K. Beck (SPD)
	27.03.2011	35,7	- 9,9	SPD, Grüne	K. Beck / M. Dreyer (SPD)
	13.03.2016	36,2	+ 0,5	SPD, FDP, Grüne	M. Dreyer (SPD)
Saarland	05.09.2004	30,8	-13,6	CDU	P. Müller (CDU)
	30.08.2009	24,5	- 6,3	CDU, FDP, Grüne	P. Müller / A. Kramp-Karrenbauer (CDU)
	25.03.2012	30,6	+ 6,1	CDU, SPD	A. Kramp-Karrenbauer (CDU)
Sachsen	19.09.2004	9,8	- 0,9	CDU, SPD	G. Milbradt/ S. Tillich (CDU)
	30.08.2009	10,4	+ 0,6	CDU, FDP	S. Tillich (CDU)
	31.08.2014	12,4	+ 2,0	CDU, SPD	S. Tillich (CDU)
Sachsen-Anhalt	26.03.2006	21,4	+ 1,4	CDU, SPD	W. Böhmer (CDU)
	20.03.2011	21,5	+ 0,1	CDU, SPD	R. Haseloff (CDU)
	13.03.2016	10,6	- 10,9	CDU, SPD, Grüne	R. Haseloff (CDU)
Schleswig-Holstein	20.02.2005	38,7	- 4,4	CDU, SPD	P. H. Carstensen (CDU)
	27.09.2009	25,4	-13,3	CDU, FDP	P. H. Carstensen (CDU)
	06.05.2012	30,4	+ 5,0	SPD, Grüne, SSW	T. Albig (SPD)
Thüringen	13.06.2004	14,5	- 4,0	CDU	D. Althaus (CDU)
	30.08.2009	18,5	+ 4,0	CDU, SPD	C. Lieberknecht (CDU)
	14.09.2014	12,4	- 6,1	Linke, SPD, Grüne	B. Ramelow (Die Linke)

Quelle: Statistische Landesämter.

Wählerniveauabsenkungen gab es gleichwohl: Das durchschnittliche Landtagswahlergebnis der SPD betrug von 1999 bis 2003 noch 37,9 Prozent und schrumpfte von 2004 bis 2016 auf 31,7 Prozent. Die Erweite-

rung der Parteiensysteme auf Länderebene – zunächst um die Linke und jüngst um die AfD – muss dabei berücksichtigt werden. Bei den Landtagswahlen 2015 und 2016 hatte die SPD mit Ausnahme von Rheinland-Pfalz überall Verluste hinzunehmen, die sich im Schnitt auf 6,2 Prozent beliefen.

Trotz der Stimmeneinbußen ist die SPD in den Ländern und Stadtstaaten vor der CDU/CSU führende Regierungspartei: Mit neun zu fünf Ministerpräsidenten und drei weiteren Regierungsbeteiligungen (Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen). Neben ihrer führenden Rolle in Hessen, Sachsen, Sachsen-Anhalt und im Saarland ist die CDU nur noch in Baden-Württemberg als Juniorpartner der Grünen an der Regierung beteiligt. Dieses Gefälle zugunsten der SPD verdeckt allerdings, dass sie nicht erst seit den jüngsten Landtagswahlen einer Wählererosion ausgesetzt ist. Im Frühjahr 2016 hat die SPD in Baden-Württemberg einen Stimmenanteil von nur noch 12,7 Prozent erzielt, in Sachsen-Anhalt von 10,6 Prozent. Hinzu kommen Diasporaländer wie Bayern, Thüringen und Sachsen. Selbst in der einstmaligen SPD-Hochburg Berlin reichte es bei den Abgeordnetenhauswahlen vom 18. September 2016 nur für einen Stimmenanteil von 20,6 Prozent. Auch wenn die SPD auf kommunaler Ebene ihren Status als führende Großstadtpartei weitgehend aufrechterhalten hat, signalisiert das regionale Nord-Süd-Ost-Gefälle einen strukturellen Auszehrungsprozess, der sie zum Absteiger-Kandidaten aus der Liga der Volksparteien machen könnte.

Soweit ist es aber noch nicht und soweit muss es auch nicht kommen. Solange es der SPD gelingt, Regierungsmehrheiten zu bilden und Koalitionsregierungen anzuführen, wäre auch ihr Volksparteienstatus gesichert (Wiesendahl 2011: 222). Noch ist die SPD im Parteiengefüge der Länder die stärkste politische Kraft, was sie ihrer fast uneingeschränkten Koalitionsflexibilität verdankt: Davon ausgenommen ist allein die AfD. Zudem muss bei jeder Regierungskoalition auf Bundesebene die Dominanz der SPD in der Länderkammer in Rechnung gestellt werden.

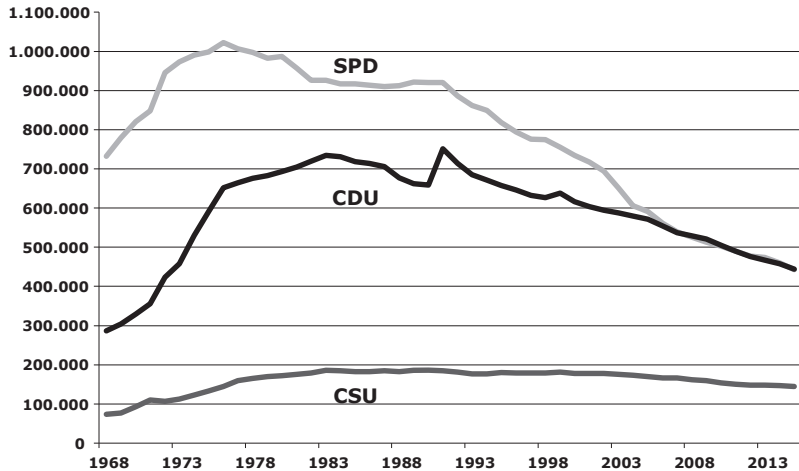
3. Die organisatorische Beschaffenheit der SPD

3.1 Die Mitgliederpartei im Niedergang

Die SPD ist ihrem Selbstverständnis nach eine klassische Mitgliederpartei. Ihre Mitgliedschaft unterliegt jedoch im Umfang und der Zusammensetzung massiven Wandlungen. Ihren Ausgang nahmen diese Entwicklungen bereits vor über 40 Jahren. In der Geschichte der SPD sind zwei große Blütephasen der Mitgliederentwicklung zu unterscheiden. Die erste, ab Beginn des 20. Jahrhunderts, als sie sich zum Prototyp einer Massenpartei entwickelte, deren Mitgliederzahl 1914 die Millionenengrenze überschritt. Bis 1922 hielt der Zuwachs weiter an und erreichte mit 1.127.134 Mitgliedern seinen Gipfel. Nach Verlusten bis 1927 stieg die Mitgliederzahl temporär bis 1931 an und überwand erneut die Millionenengrenze.

In den Nachkriegsjahren begann die Partei mit gut 700.000 Mitgliedern. Bis 1948 stieg die Zahl kurzzeitig auf 850.000. Organisierte an, um bis Mitte der 1950er Jahre unter 600.000 zu fallen. Danach ging es mit kleinen Zuwächsen aufwärts und die Mitgliedschaft stieg bis 1964 auf 650.000. Die zweite große Blütephase setzte Mitte der 1960er Jahre ein und ließ die Mitgliederzahlen bis 1976 emporschnellen (Abbildung 2).

Abbildung 2: Mitgliederentwicklung SPD, CDU und CSU von 1968 bis 2015



Quellen: Auskünfte der Parteigeschäftsstellen von SPD, CDU und CSU. Ab 1990 Zahlen aus Oskar Niedermayer, *Parteimitglieder in Deutschland: Version 2016*. Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum, Nr. 26, FU Berlin 2016.

So wurde die SPD in den Jahren 1969 bis 1972 von einer spektakulären Eintrittswelle erfasst, die den Mitgliederbestand um fast ein Drittel von 732.446 auf 954.394 Organisierte anhob (Wiesendahl 2006: 32). Den Gipfelpunkt des Mitgliederanstiegs nach 1949 erreichte sie 1976 mit 1.022.191 Organisierten. Bis 1989 – dem Vorjahr der Deutschen Einheit – sanken die Zahlen auf 920.000 Mitglieder. Die gesamtdeutsche Mitgliederentwicklung der SPD weist ununterbrochen nach unten. Hatte sie 1990 noch 934.000 Mitglieder, waren es Ende 2015 nur noch 442.814. Verglichen mit dem westdeutschen Mitgliederhöchststand von 1976 hat sie einen Substanzverlust von 579.377 Organisierten (-56,7 Prozent) hinzunehmen. Seit dem ersten gesamtdeutschen Jahr 1990 hat sie 500.588 Mitglieder (-51,1 Prozent) verloren.

Seit 1990 ist die SPD in keinem Jahr von Verlusten verschont geblieben. In anhaltender Talfahrt ist der in den 1970ern entstandene Mitgliederberg abgetragen worden, ohne dass eine Umkehr der Entwicklung absehbar ist. Die SPD ist in ihrer über 150-jährigen Geschichte auf ein Niveau zurückgeworfen worden, dass sie zuletzt in Weimar und davor im Kaiserreich hatte.

Die regionale Verteilung des Mitgliederschwunds zeigt einige bemerkenswerte Auffälligkeiten. So erodierte in dem mit weitem Abstand mitgliederstärksten Landesverband NRW die Mitgliederzahl in den Jahren 1990 bis 2015 von 287.130 auf 111.756; ein Verlust von 61,1 Prozent. Während die SPD in Westdeutschland seit 1990 54,1 Prozent der Mitglieder verlor, halten sich die Verluste im Osten des Landes (ohne Berlin) mit rund 11 Prozent vordergründig in Grenzen. Das Problem ist aber, dass die SPD in Ostdeutschland schon immer extrem mitgliederschwach war und die Mitgliederzahlen absolut von 22.810 im Jahre 1990 auf 20.324 Ende 2015 fielen.

Im Osten der Republik lässt sich von einem Notstandsgebiet der Mitgliederpartei SPD sprechen. Dort ist die Partei nach der Deutschen Einheit aus der Neugründung SDP hervorgegangen, die nur marginale Mitgliederzahlen bei der Fusion mit der westdeutschen SPD einbrachte. Problematisch für die weitere Mitgliederentwicklung wirkte sich der Beschluss der Ost-SPD aus, grundsätzlich keine ehemaligen SED-Mitglieder aufzunehmen. So hat die Ost-SPD trotz massiver Unterstützung der SPD-Zentrale ihre Organisationsschwäche nie überwinden können.

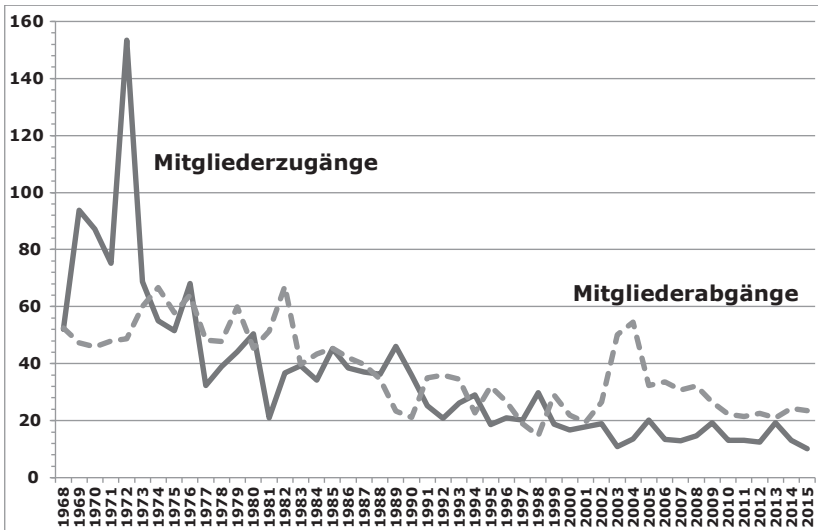
Mit Blick auf das gesamte Bundesgebiet erlitt die SPD insbesondere in den Großstädten einen überproportional hohen Aderlass, weil mit dem Aufstieg der Grünen und der neuen sozialen Bewegungen die Eintrittswilligkeit in die Schmidt-SPD fast zum Erliegen kam. Wie aus Abbildung 2 ersichtlich, hat die SPD in der Gesamtbilanz ihrer Mitgliederentwicklung ihren Vorsprung vor der CDU schon vor Jahren eingebüßt und rivalisiert seitdem mit ihr darum, wer beim Schwund der Mitgliederzahlen die Nase vorn hat.

3.2 Nachwuchskrise und Überalterung

Der chronische Mitgliederschwund der Partei erklärt sich aus Mitgliederabgängen, die von Zugängen nicht hinreichend kompensiert werden. Wie sich aus Abbildung 3 ablesen lässt, ist der Mitgliederzuwachs der Partei auf die Eintrittszahlen in der Blütephase der späten 1960er und frühen 1970er Jahre zurückzuführen. Allein 1972 strömten 120.000 Neumitglieder in die SPD. Danach läuft die Eintrittswelle aus. Abgesehen von zyklischen Anstiegen der Beitritte in Wahljahren überwiegen im Trend die Abgänge (Wiesendahl 2013: 85). Sie steigen im Zusammenhang mit der Schröderschen Agenda-Politik 2003 und 2004 durch Austritte auf über 50.000 Abgänge

an, um danach zusammen mit den Sterbefällen wieder auf ein Niveau von jährlich rund 20.000 zu sinken. Die im Trend weiter rückläufigen Eintritte führen zum anhaltenden Schwund des Mitgliederbestandes. So findet die SPD nicht aus ihrer chronischen Nachwuchskrise und Rekrutierungsschwäche heraus, unter der sie seit den 1980er Jahren leidet (Wiesendahl 2006: 46 ff.).

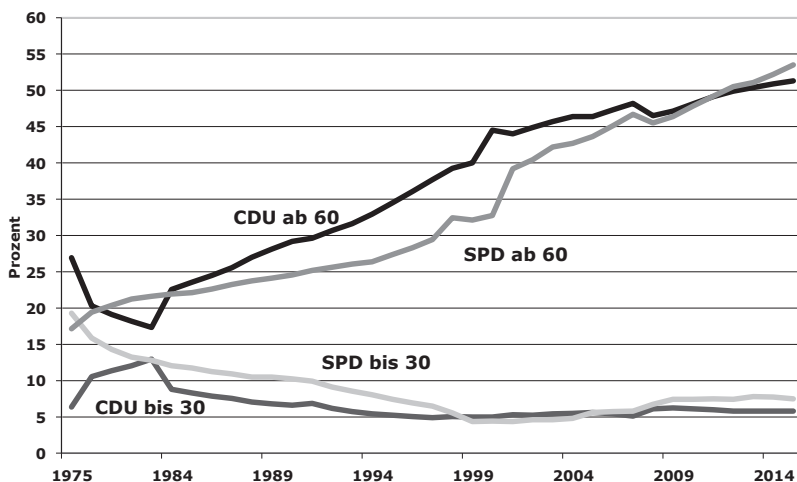
Abbildung 3: Mitgliederzu- und -abgänge der SPD von 1968 bis 2015 (in Tausend)



Quellen: Jahrbücher der SPD und Auskünfte des SPD-Parteivorstands.

Der ausbleibende Nachwuchs hat im Altersaufbau der SPD-Mitgliedschaft zu massiven Umschichtungen geführt. Durch die Eintrittswelle zu Beginn der 1970er stieg der Jungmitgliederanteil bis 29 Jahre zunächst auf über 20 Prozent an, um sich mit der danach einsetzenden Nachwuchsebbe wieder nach unten abzusenken. Ab Mitte der 1990er pendelte sich der Mitgliederanteil auf fünf Prozent und etwas mehr ein (Wiesendahl 2006: 52 f.). Mit der beginnenden Alterung des Mitgliederbestandes setzte bereits Mitte der 1970er ein Umschichtungsprozess von jungen zu älteren und ganz alten Mitgliedern ein, so dass die Altersgruppe ab 60 Jahre die Gruppe der bis 30-jährigen bald überrundete (Wiesendahl 2006: 57 ff.).

Abbildung 4: Altersaufbau der SPD- und CDU - Mitglieder für die Jahre 1975 bis 2015



Quellen: Auskünfte der Parteigeschäftsstellen von SPD und CDU. Ab 1990 Zahlen aus Oskar Niedermayer, *Parteimitglieder in Deutschland: Version 2016. Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum*, Nr. 26, FU Berlin 2016, eigene Berechnungen.

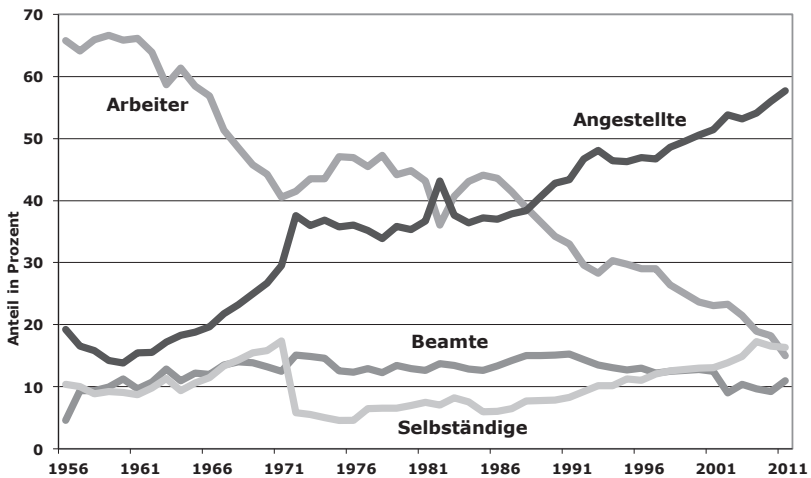
Wie Abbildung 4 zeigt, öffnet sich seitdem zwischen jungen und alten Mitgliedern eine Schere, was in ähnlicher Weise auch für die CDU gilt. Die Zahl der Altmitglieder überwiegt die der Jungmitglieder um ein Mehrfaches. Das Verhältnis der bis 29-jährigen Mitglieder zu denen über 60 Jahre lag 1991 noch bei 9,9 zu 24,6 Prozent und verschob sich Ende 2005 auf 5,8 zu 46,7 Prozent. Noch größere Ausmaße nimmt die Kluft an, stellt man die jüngste Altersgruppe der 14 bis 25-jährigen der ältesten Altersgruppe, die über 70-jährigen, gegenüber. 2015 kommen auf 3,4 junge Mitglieder 29,1 Mitglieder fortgeschrittenen Alters. Selbst die Gruppe der über 80-jährigen ist fast dreimal so groß wie die der Mitgliederjüngsten. Die SPD-Mitglieder haben ein Durchschnittsalter von 60 Jahren. Für die Vitalität und die Organisationspotenz der Mitgliederpartei SPD sind dies keine günstigen Vorzeichen.

3.3 Strukturwandel des Sozialprofils

Die Umwälzung der SPD-Mitgliedschaft in den Umbruchjahren der 1960er und 1970er Jahre führte zu einem weiteren Effekt, der das Sozialprofil der Partei grundlegend veränderte. Um Umschichtungen in der Berufsstruktur aufzuzeigen, kann nicht auf die Zahlen der Parteien über die be-

rufliche Verteilung ihrer Mitglieder zurückgegriffen werden. Sie sind unzuverlässig, weil sie keine beruflichen Veränderungen seit dem Parteibeitritt erfassen. Stattdessen kann man aber die Berufsangaben verwenden, die Neumitglieder auf den Beitrittsformularen machen, um im Längsschnittvergleich Strukturveränderungen erfassen zu können (Abbildung 5).

Abbildung 5: Berufsstruktur der erwerbstätigen SPD-Neumitglieder von 1956 bis 2011



Quellen: SPD-Jahrbücher und Auskünfte des SPD-Parteivorstands, eigene Berechnungen.

Die SPD hat schon in den frühen Jahren der Nachkriegszeit den Weg von der Arbeiter- zur Mittelschichtpartei eingeschlagen. Traten in den 1950er Jahren vor allem Arbeiter in die SPD ein, sank ihr Anteil unter den Neumitgliedern ab den 1960er Jahren rapide. Gleichzeitig vollzog sich der Anstieg von Angestellten. Die Umschichtung von Arbeitern zugunsten von Angestellten erfolgte während der Eintrittswelle zu Beginn der 1970er Jahre (Güllner 1977: 98). Sie ließ den Anteil der Arbeiter immer geringer werden. Schon damals wurde von einer Dominanz der Mittelschichten gesprochen (Feist, Güllner und Liepelt 1977: 261). Ab den 1990ern sind die Angestellten unter den erwerbstätigen Mitgliedern weiter zur beherrschenden Gruppe aufgestiegen (Abbildung 5), während Arbeiter in der ehemaligen Arbeiterpartei numerisch in einen randständigen Status abgedrängt wurden. Dies spiegelt sich auch in den beiden großen Mitgliederbe-

fragungsstudien von 1998 und 2009 wider. Zwischen den Erscheinungsdaten der beiden Studien hat sich unter den Bestandsmitgliedern der Angestelltenanteil von 67 auf 72 Prozent erhöht, während der Arbeiteranteil von 22 auf 16 Prozent zurückging (Klein 2011: 50). In der Studie von 2009 fallen öffentliche Bedienstete überproportional ins Gewicht. Sie sind sechsmal so häufig unter den SPD-Mitgliedern vertreten wie in der gesamten erwerbstätigen Bevölkerung.

Das markante Übergewicht des öffentlichen Dienstes findet sich auch bei den Mitgliedern der anderen Parteien. Wie weit die „Vermittelschichtung“ der SPD-Mitglieder gediehen ist, wird auch aus ihrer subjektiven Schichteinstufung ersichtlich. 2009 rechnen sich 54 Prozent der Mittelschicht zu und weitere 20 Prozent der oberen Mittelschicht (Klein 2011: 52).

Betrachtet man den Frauenanteil unter den SPD-Mitgliedern, ist eine gewisse Stagnation festzuhalten. Lag er 1991 bei 27,4 Prozent, ist er laut Mitgliederstatistik bis Ende 2015 lediglich auf 32 Prozent gestiegen.

Die SPD hat – der Prozess begann vor Jahrzehnten – eine Profilverzerrung in ihrer Mitgliedschaft, die mit einem deutlichen Übergewicht zugunsten von Männern, älteren und ganz alten Mitgliedern, gehobenen Bildungsschichten sowie Beschäftigten des tertiären Sektors und öffentlichen Dienstes einhergeht. Umgekehrt sind Frauen und jüngere Menschen unterrepräsentiert sowie Personen mit niedrigerer Bildung, Arbeiter und Beschäftigte des industriellen Fertigungssektors. Die Verbindungen zum traditionellen Arbeitermilieu als Rekrutierungsbasis der SPD sind verlorengegangen. In einem schleichenden Loslösungs- und Entfremdungsprozess hat sich die Partei sozial zu einer Aufsteiger- und Gehobene-Bildungsschichten-Partei gewandelt. Wegen einer „habituellen und stilistischen Entproletarisierung“ (Graf 1992: 55) sind die, die noch in schwindender Zahl zur SPD finden, umso mehr dem klassischen Milieuzusammenhang entfremdet.

3.4 Die ausbleibenden Erfolge der Organisationsreform von 2011

Die SPD hat sich seit den frühen 1990ern mit mehreren Organisationsreformen gegen ihren Niedergang als Mitgliederpartei angestemmt, ohne große Früchte davonzutragen. Um die Partei nach dem Wahldebakel von 2009 und der „Basta-Politik“ der Schröder-Ära wieder aufzurichten, unternahm das neue Führungsduo Gabriel/Nahles erneut einen groß angelegten Versuch, die Partei zu demokratisieren und nach außen hin zu

öffnen. Nach den Vorläuferansätzen, für die kleine Reformkommissionen eingerichtet worden waren, wollte die ambitionierte Parteispitze nun eine Organisationsreform in „Permanenz“. Sie sollte einbeziehende und aktivierende Methoden des Changemanagements implantieren und mit einer veränderten Beteiligungskultur das Binnenleben bestimmen.

Begonnen wurde 2010 mit einer Ortsvereinsbefragung. Es wurden Impulspapiere formuliert und in Arbeitskreisen und Beratungsgremien diskutiert, um schließlich die der Partei zur Prüfung vorgelegten Vorstellungen in einem Leitantrag des Parteivorstands zu bündeln und auf einem Reformparteitag Ende 2011 beschließen zu lassen (Bukow 2013: 238). Neben der Attraktivitätssteigerung der innerparteilichen Partizipation mit direktdemokratischer Stärkung der Mitgliederrechte sollte die Partei für Nichtmitglieder geöffnet werden, um dem Austrocknen Einhalt zu gebieten und um über starre Organisationsgrenzen hinweg, nicht beitragsgewillte Sympathisanten und Unterstützer zu gewinnen.

Dieser Teil der Reform knüpfte mit seinen Öffnungsbestrebungen an die Idee der „Netzwerkpartei“ des damaligen Bundesgeschäftsführers, Matthias Machnig, aus dem Jahr 2000 an. Ausgehend von „Organisationskernen“ sollten verschiedene Formen der offenen und befristeten Mitarbeit von externen Unterstützerkreisen ermöglicht werden (Machnig 2000: 656 ff.). Es war unschwer zu erkennen, dass – an den Mitgliedern vorbei – dem Berufspolitikerkernel der Partei ein Beziehungsnetzwerk zu zivilgesellschaftlichen Unterstützergruppen gebaut werden sollte. Da es das Selbstwertgefühl der Parteiaktiven nicht unbedingt stärkte, erntete das Modell breiten Widerspruch und wurde nach der Ablösung von Machnig schnell zu Grabe getragen. Auch die vom damaligen Generalsekretär der SPD, Franz Müntefering, vorgebrachten Ideen zur Öffnung der Partei durch Vorwahlen, lösten Irritationen aus. Genau so erging es dem neuen Parteivorsitzenden Sigmar Gabriel mit seinem Vorschlag, den Kanzlerkandidaten der Partei durch offene Vorwahlen unter Beteiligung von Nichtwählern zu küren. Anderen sozialdemokratischen Parteien in Europa ist dieser Gedanke so fremd nicht, wie die Vorwahlen für die Präsidentschaftskandidaten in Frankreich belegen.

Angesichts der Widerstände verließ die Parteispitze der Mut, an ihren Absichten festzuhalten, die SPD für Nichtmitglieder zu öffnen und Vorwahlen durchzuführen (Totz 2011: 6, 16). Gabriels Vorwahlmodell

brachte es bis in das Entwurfspapier für die Parteireform, wurde jedoch aufgrund massiver Widerstände der mittleren Parteifunktionäre entschärft und in eine Kann-Formulierung umgewandelt.

An dem Ziel, die Partei zu öffnen und eine Unterstützer-Mitgliedschaft einzurichten, wurde festgehalten. Streitpunkt war dabei, welche innerparteilichen Mitwirkungsrechte Nichtmitgliedern eingeräumt werden sollten. Bei der Ortsvereinsbefragung hatten sich 66 Prozent der Befragten gegen eine Beteiligung von Nichtmitgliedern an Personalwahlen ausgesprochen. 86 Prozent waren dagegen, sie an inhaltlichen Positionsbestimmungen zu beteiligen (SPD-Parteivorstand: 2010). Es wurde beschlossen, Unterstützer ohne Parteibuch für einen Jahresbeitrag von 30 Euro in Arbeitskreisen und neu einzurichtenden Themenforen mitarbeiten zu lassen. In diesem Rahmen erhielten sie die vollen Mitgliedsrechte, also Rede- und Antragsrecht sowie aktives und passives Wahlrecht. Unmittelbare und mittelbare Teilhabe an Personal- und Sachentscheidungen der Partei blieb jedoch an die Vollmitgliedschaft geknüpft.

Zweiter wichtiger Reformbereich war die Ausweitung unmittelbarer, direktdemokratischer Beteiligungsmöglichkeiten. So wurden die Hürden zur Herbeiführung eines Mitgliederentscheids in Sachfragen deutlich abgesenkt: Ein zunächst einzuleitendes Mitgliederbegehren auf allen Gliederungsebenen der Partei hat, wenn es innerhalb einer Dreimonatsfrist von mindestens 10 Prozent der Mitglieder unterstützt wird, Erfolg. Der anschließende Mitgliederentscheid wird wirksam, wenn sich mindestens ein Fünftel der Mitglieder an der Abstimmung beteiligt. Das Votum kann durch die Zweidrittelmehrheit eines Parteitags wieder aufgehoben werden. Die Aufstellung des Kanzlerkandidaten der Partei ist ebenfalls für unmittelbare Mitgliederabstimmungen geöffnet worden (SPD-Parteivorstand 2011: 21, 25).

Nach gut fünf Jahren Erfahrung kann festgehalten werden, dass der Versuch der unmittelbaren Beteiligung keine Veränderung der traditionell auf dem Delegiertenprinzip und der Gremienarbeit fußenden Beteiligungskultur erbracht hat. Davon auszunehmen ist der Mitgliederentscheid vom Dezember 2013 zum Einstieg der SPD in die Große Koalition, der eine bemerkenswert hohe Beteiligung von 78 Prozent hatte. Für das Geschick von Sigmar Gabriel als ehemaligem Parteivorsitzenden spricht, dass er mit einer Urabstimmung der Mitglieder eine Zustimmung für die Große Koalition von 76 Prozent erreicht hat.

Um die Parteimitglieder für den Wahlkampf 2017 besser zu mobilisieren, ist an eine konsultative Befragung der Parteibasis zu den Kernaussagen des Wahlprogramms gedacht. Nur läuft die Zeit davon, um diesen Plan noch realisieren zu können. Dass sich der Parlaments- und Regierungsflügel der SPD aber darüber hinaus nicht in die Speichen greifen lässt, wird an der rüden Reaktion der Bundestagsfraktion deutlich, mit der sie den von Gabriel auf dem Berliner Parteitag im Dezember 2015 gemachten Vorschlag abwies, Parteimitglieder über die Beteiligung der Bundeswehr an Kampfhandlungen in Syrien oder anderswo in der Region abstimmen zu lassen (Bannas 2015: 4).

Bottom-up-Initiativen gab es nicht, trotz der Absenkung der Beteiligungsquote für Initiatoren. Auch keine Urwahlen zur Besetzung von Parteispitzenämtern oder die Auswahl von Spitzenkandidaten für öffentliche Ämter. Im Gegenteil: Die SPD bediente sich 2012 bei der Aufstellung des Kanzlerkandidaten-Trios Steinmeier, Steinbrück, Gabriel oligarchischer Praktiken, wozu auch die später von Gabriel vorgenommene Kür des Kanzlerkandidaten Steinbrück gehörte. Die Art und Weise, wie Sigmar Gabriel am 24. Januar 2017 über die Medien und an der Partei vorbei Martin Schulz zu seinem Nachfolger im Parteivorsitz und zum Kanzlerkandidaten ausrief, folgte exakt dieser Linie. Die SPD ist trotz aller Reformbestrebungen eine elitenzentrierte Gremien- und Delegiertenpartei geblieben, ohne Verbreiterung einer mitgliederzentrierten Beteiligungskultur von unten.

Auch das zweite Anliegen der Organisationsreform, die Öffnung der SPD für Nichtmitglieder und Unterstützer, ist kein durchschlagender Erfolg geworden. Aktive Bürger ohne Parteibuch über Themenforen zur Mitarbeit zu gewinnen, scheiterte an der Einrichtung und Belebung solcher Foren. Die Unterstützer-Mitgliedschaft zeitigte, wenn überhaupt, nur in einem Bereich Erfolge; in der Mitarbeit bei den Arbeitsgemeinschaften der Partei, wobei sich aber im wesentlichen Jusos beteiligten.

Nach Bukow (2013: 254 f.) ist die Öffnung der Partei an Widerständen in der SPD gescheitert. Die Unterstützer-Mitgliedschaft habe sogar zur „Re-Traditionalisierung“ und „Schließung“ der SPD als hermetische Mitgliederpartei geführt. Eine „organisationskulturelle Trendwende hin zu mehr direkter Beteiligung“ sei nicht eingetreten (Bukow 2014: 148).

Allenfalls ließe sich von einer „Partizipationsoptionserweiterungsreform“ sprechen (ebd.). Die Absicht, sich zur „Online-SPD“ zu entwickeln, versandete. Schon wegen nicht vorhandener E-Mail-Adressen von Mitgliedern und Unterstützern fehlten die Voraussetzungen dafür. Die Reform erschöpft sich mit ihrem Anspruch auf Demokratisierung und Vitalisierung der Beteiligungskultur in einer Art „Symbolik der Mitgliedschaft“ und dem „Nimbus der offenen, nachfragenden Partei“ (Butzlaff und Micus 2011: 21). Hürden, um Urabstimmungen durchzuführen, sind zwar formal abgebaut worden, doch hat das nicht zu einer substantiellen innerparteilichen Partizipationskultur oder obligatorischen Stärkung der Basisdemokratie geführt. Vor allem hat die Reform nicht den Mitgliederschwund und die innere Auszehrung gebremst, geschweige denn umgekehrt. Der ambitionierte Selbstanspruch, die „modernste Partei Europas“ zu sein, wurde zu keinem Zeitpunkt eingelöst.

Die von Martin Schulz ausgelöste Eintrittswelle von mehreren Tausend Neumitgliedern könnte sich als nicht nachhaltig erweisen. Die organisatorische Vitalität und Schlagkraft der SPD hat sich angesichts des Selbstbezugs des Binnenlebens und der gescheiterten Öffnung der Partei nicht erhöht. Der Mitgliederschwund wird die SPD auf längere Sicht noch viele Zehntausend weitere Mitglieder kosten. Heute schon bewirkt er den Rückzug der Partei aus der Fläche. Ihre lokale Präsenz über Ortsvereine ist stark rückläufig: Waren es ursprünglich über 12.000 Basiseinheiten, ist die Zahl unter 8.000 gefallen. Hinzu kommt die wachsende Zahl inaktiver Ortsvereine (Totz 2011: 7). Wegen ausbleibenden Nachwuchses ist eine überalterte Generation die Basis der Partei. Eine Generation, die ihre politische Sozialisation in den 1970ern und 1980ern der alten Bundesrepublik erfahren hat und die gegenwärtigen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnisse kaum noch aus unmittelbarer Anschauung kennt. Diese Trends der Mitgliederauszehrung und der sozialen Profilverzerrung der SPD indizieren ihren Strukturwandel als Mitgliederpartei. Es deutet nichts darauf hin, dass sich die Lage ändert und dass an vergangene glorreiche Zeiten angeknüpft werden kann.

3.5 Führungsstruktur und Machtverhältnisse

Bereits 1911 hat Robert Michels die SPD als disziplinierte, straff durchorganisierte, hierarchisch-zentralistische Partei beschrieben (Michels 1911/1970). Wie wenig diese Beschreibung der neueren Wirklichkeit

standhält, ist von Lösche und Walter (1998) mit Rückgriff auf das Modell der organisierten Anarchie geradegerückt worden.

Was die formale Machtverteilung angeht, ist der Parteitag das höchste Beschlussgremium der Partei. Er wurde im Rahmen der Organisationsreform 2011 von 480 auf 600 Delegierte vergrößert, wobei die Zahl der Delegierten, die entsandt werden können, sich allein nach der Mitgliederstärke der unteren Parteigliederungen richtet.

Die Leitung der Partei liegt formal beim Parteivorstand. Zunächst war noch daran gedacht worden, ihn von 45 auf 20 Personen zu verkleinern und das Präsidium in seiner Zusammensetzung fast unverändert zu erhalten. Vor allem der angestrebte Exklusivcharakter des Vorstands stieß bei den betroffenen Bezirken auf Kritik, sodass man sich auf die Zahl von maximal 35 Vorstandsmitgliedern verständigte. Abgeschafft wurde dagegen das Präsidium und durch einen verkleinerten geschäftsführenden Parteivorstand von neun Mitgliedern ersetzt (SPD-Parteivorstand 2011: 30 f.). Er besteht aus dem Vorsitzenden, fünf Stellvertretern, der oder dem Generalsekretär/in, dem Schatzmeister und einem Verantwortlichen für die EU. Weitere Mitglieder können hinzugewählt werden, die Gesamtzahl der Vorstandsmitglieder ist jedoch auf 35 begrenzt (ebd.: 31).

Als weiteres Novum wurde anstelle des Parteirats und eines ursprünglich vorgesehenen Länderrats aus Landes- und Bezirksfürsten ein „Parteikonvent“ mit 200 Delegierten (plus 35 Amtsträger) eingeführt, dem als „kleiner Parteitag“ uneingeschränkte Entscheidungsrechte eingeräumt wurden. Diesem neuen Gremium, das halbjährig tagt, ist die Rolle zugefallen, wichtigen Einfluss auf die Kursbestimmung der Partei nehmen zu können.

Zum realen Machtgefüge der Partei zählen der engere und weitere Parteivorstand, die SPD-Ministerpräsidenten, die Ministerriege in der Großen Koalition und die Fraktionsführung. Spitzenleute der Arbeitsgemeinschaften und der Parteiflügel gehören nicht zu den Machträgern der Partei, soweit sie nicht über hohe innerparteiliche oder öffentliche Ämter verfügen. Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion ist seit Ende 2013 Thomas Oppermann.

Bis zum 18. März 2017 gehörten dem Parteivorstand Sigmar Gabriel als Vorsitzender, Katarina Barley als Generalsekretärin, Hannelore Kraft,

Aydan Özuguz, Thorsten Schäfer-Gümbel, Olaf Scholz, Manuela Schwesig und Ralf Stegner als stellvertretende Vorsitzende an. Weiterhin zählen Dietmar Nietan als Schatzmeister und Martin Schulz als Verantwortlicher für die EU dazu, der als neuer Parteivorsitzender und Kanzlerkandidat das Ruder von Sigmar Gabriel übernahm. In der Großen Koalition ist die SPD seit Dezember 2013 mit sechs Bundesministern bzw. -ministerinnen vertreten. Mit dem Ausscheiden von Frank-Walter Steinmeier als Außenminister und seiner Wahl zum Bundespräsidenten ist Sigmar Gabriel als Vizekanzler vom Wirtschaftsministerium ins Auswärtige Amt gewechselt. Brigitte Zypries wurde neue Wirtschaftsministerin. Unverändert bleiben Andrea Nahles als Bundesministerin für Arbeit und Soziales, Heiko Maas als Bundesminister für Justiz und Verbraucherschutz, Manuela Schwesig als Bundesministerin für Senioren, Frauen und Jugend, Barbara Hendricks als Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit sowie Aydan Özuguz als Staatsministerin bei der Bundeskanzlerin und Beauftragte für Migration, Flüchtlinge und Integration. Die gegenwärtig starke Riege der Ministerpräsidenten und Bürgermeister der Stadtstaaten besteht aus Thorsten Albig, Olaf Scholz, Carsten Sieling, Stephan Weil, Hannelore Kraft, Malu Dreyer, Erwin Sellering, Michael Müller und Dietmar Woidke. Spitzenkräfte, die per Personalunion Ämter bündeln, sind potenziell herausgehobene Einflussakteure.

Die Machtverteilungsstruktur wird erst durch das Gewicht der Führungspersonen und die rivalisierenden bzw. kooperativen Machtbeziehungen unter dem gewählten Spitzenpersonal zum Leben erweckt. Die SPD hat gegenwärtig ein polyzentrisches, wenig ausbalanciertes Machtverteilungssystem. Die Einflussträger sind nicht in ein strategisches Machtzentrum integriert, sondern verteilen sich auf separate, autonome Stützpunkte. Der Führungskreis der SPD ist kein Team, sondern ein Ensemble mit vielen Solisten. An deren Spitze tritt nun als unangefochten starker Mann Martin Schulz, dessen Selbstbewusstsein auch auf die Partei abfärbt. Für die Zeit bis zum 24. September 2017 wird sich alles, was Rang und Namen in der SPD hat, geschlossen hinter ihn als neuen Parteivorsitzenden stellen. Mit seinen 61 Jahren und seinem Ehrgeiz als Vollblutpolitiker wird Schulz seinen Einstieg in die Berliner politische Arena zeitlich nicht mit dem 24. September dieses Jahres als beendet ansehen. Wird er Kanzler, steht dies ohnehin außer Frage. Erzwingt die Wahlarithmetik die Fortsetzung der Großen Koalition, hat er bei einem akzeptablen Wahlergebnis die Wahl, Minister und Vizekanzler zu werden. Als Parteivorsitzender besäße er die Macht, Gabriel vom Posten des Außenministers zu

verdrängen. Stürzt Schulz wider dem gegenwärtigen Trend mit der SPD ab und landet in der Opposition, könnten seine Tage an der Spitze der Partei gezählt sein.

Obgleich seit 1999 dem Parteivorstand angehörend, übernimmt Schulz zum jetzigen Zeitpunkt den Parteivorsitz ohne eigene Hausmacht. Er muss Gabriel in Schach halten, zumal dieser als neuer Außenminister seine Rolle als Vizekanzler und Anführer des Regierungsfügels der Partei stärkte. Nicht von ungefähr griff Gabriel bei der Nachbesetzung des Wirtschaftsministers auf Brigitte Zypries zurück, deren aktives Politikerleben im Herbst 2017 endet. Bei einer möglichen Regierungsübernahme nach dem 24. September sind also ministerielle Pfründe zu vergeben. Schulz muss bei dem Zugriff auf zukünftige Posten gegenüber Gabriel die Oberhand gewinnen, um ein von Gabriel angeführtes exekutives Machtzentrum zu neutralisieren.

Zudem ist Schulz als neuer Parteichef von Vorstandsmitgliedern umgeben, deren bundespolitische Ambitionen und Berliner Präsenz sehr zurückhaltend ausfällt. Hannelore Kraft entwickelt als Stellvertreterin erklärtermaßen über ihr im Mai 2017 zu verteidigendes NRW-Ministerpräsidentenamt keinerlei Berliner Ambitionen. Auch Thorsten Schäfer-Gümbel sieht seinen Schwerpunkt dauerhaft in Hessen, als dortiger Parteivorsitzender und Oppositionsführer im Wiesbadener Landtag. Mit Aydan Özuguz sei eine weitere Stellvertreterin aus Hamburg genannt, der es an einer eigenständigen Machtbasis fehlt, um zu einer starken Führungsperson neben Schulz zu werden. In dieses Führungsvakuum stößt der niedersächsische Ministerpräsident Stephan Weil, der sich immer stärker mit richtungspolitischen Wortmeldungen nach vorne schiebt. Der Hamburger Bürgermeister und Parteivize Olaf Scholz sticht aus diesem Provinzialismus erkennbar heraus, indem er seine Spitzenposition auf der Berliner Bühne sichtbar ausspielt. Nicht zuletzt ist noch der umtriebige Parteivize Ralf Stegner zu erwähnen, der, obgleich SPD-Fraktionsvorsitzender in Schleswig-Holstein, bundesweit mit zahlreichen Themen Präsenz zeigt.

Schulz benötigt noch Zeit, um in diesem Machtgefüge eine ihn tragende und schützende Koalition aufzubauen. Jetzt schon kann er sich auf den Rückhalt der „Netzwerker“ und „Seeheimer“ in der Partei verlassen. Ob er sich mit dem linken Flügel gut zu stellen weiß, wird sich noch erweisen müssen. Schulz gibt auf äußerst exponierte Weise der Partei ein Gesicht

und steht im Fokus der Medienaufmerksamkeit. Die Personalisierung der SPD hat sich mit Schulz so weit gesteigert, dass er als Parteivorsitzender und Kanzlerkandidat ausschließlich die Außendarstellung der SPD und die Kommunikation ihrer politischen Linie schultert.

Die SPD verengt sich in ihrer Sichtbarkeit und Außendarstellung stark auf eine Ein-Mann-Partei, sie wirkt geradezu monolithisch. Es fehlt an weiteren aktiven medienpräsenten, profilstarken Persönlichkeiten der Partei auf Bundesebene, mit denen sich Menschen unterschiedlicher sozialer Lage und politischer Präferenz identifizieren könnten. Ob Schulz dieses Fehl im Wahlkampf durch eine Mannschaft kompensiert, ist noch nicht entschieden.

3.6 Die Führungsreserve der SPD

Bekannte Spitzenvertreter geben der SPD ein Gesicht, zumal wenn sie lange Regierungserfahrung aufweisen. Diese Führungsschicht hält sich schon über geraume Zeit an der Macht, ohne einer nennenswerten Elitenzirkulation ausgesetzt oder von Jüngeren ersetzt worden zu sein. Die SPD-Landespolitiker-Elite setzt sich weitgehend aus einer Altersgruppe zusammen, die an die 60 Jahre heranreicht. Auf Bundesebene sind als Repräsentanten jüngerer Alters Andrea Nahles und Manuela Schwesig zu nennen, auch Heiko Maas gehört als „high potential“ der gleichen Altersgruppe an. Andrea Nahles geht der innerparteilichen Strategie- und Profilierungsdebatte der SPD aus dem Weg und konzentriert sich auf ihre Rolle als Arbeitsministerin. Manuela Schwesig hat die politisch ehrgeizige und robuste Natur, um die Karriereleiter, vielleicht über den Umweg Mecklenburg-Vorpommern, weiter hinaufklettern zu können. Alle drei bilden, selbst wenn die SPD bei den Bundestagswahlen 2017 in die Opposition verwiesen werden sollte, eine Führungsreserve im Wartestand. Dies gilt für die Riege der Ministerpräsidenten nicht uneingeschränkt, weil viele aus Altersgründen für Spitzenämter auf Bundesebene nicht mehr infrage kommen. Der notwendige Generationenwechsel wird auf talentierten Nachwuchs aus der Abgeordneten- oder Ministerriege auf Bundes- und Landesebene angewiesen sein, aus deren Reihen sich gegenwärtig noch keine Namen aufdrängen. Die SPD unterhält – ein Alleinstellungsmerkmal gegenüber der Konkurrenz – zur Qualifizierung ihres Führungsnachwuchses eine eigene Führungsakademie. Beim anstehenden Generationenwechsel in der Führungsspitze wird sich zeigen, ob sie ihrer Aufgabe gerecht geworden ist.

3.7 Der Parteivorsitz unter Sigmar Gabriel

Der scheidende Parteivorsitzende Gabriel kann auf eine siebenjährige Ära zurückblicken, eine ungewöhnlich lange Zeit nach zuvor höchst instabilen und volatilen Besetzungsphasen der Parteispitze. Nach dem Rückzug von Hans-Jochen Vogel hatte die SPD von 1991 bis 2009 insgesamt elf Parteivorsitzende (Grunden 2012: 109 f.), bevor am 13. November 2009 Sigmar Gabriel zum Parteivorsitzenden gewählt wurde. Hintergrund für seine Wahl waren das Wahldesaster der SPD von 2009 und der Rücktritt von Franz Müntefering vom Parteivorsitz, der den Weg für einen Generationenwechsel freimachte.

Die Ära Gabriel wird von 2010 bis 2013 mit der Aufrichtung der durch das Wahldesaster niedergeschlagenen Partei verbunden. Ende 2013 führte er die SPD nach ihrem enttäuschenden Abschneiden unter dem Kanzlerkandidaten Steinbrück in die Große Koalition, die nach dem Willen der Partei 2017 auslaufen soll. Gabriel wurde unter Kanzlerin Angela Merkel Wirtschaftsminister und Vizekanzler und besetzte zugleich den Parteivorsitz.

In der Rückschau war Gabriels Verhältnis zur SPD nie innig und nie spannungsfrei. Sein politisches Koordinatensystem ist nicht von der Einordnung durch die Partei bestimmt, sondern davon, wie die SPD als Regierungspartei „gutes Regieren“ zustande bringt und wie im täglichen Konkurrenzkampf um mediale Aufmerksamkeit Punkte zu machen sind. Zu seinem Führungsstil gehörte, dass er immer wieder ohne vorherige Abstimmung und gegen die Beschlusslage der Partei handelte, was ihm nicht nur die Sympathien des linken Parteiflügels kostete. Sich gereizt von der Mentalität und Stimmungslage großer Teile der Delegierten abzusetzen und den offenen Streit mit der ihn heftig kritisierenden Juso-Vorsitzenden Johanna Uekermann zu suchen, machte den Berliner Parteitag im Dezember 2015 zu einer aufgeheizten Kraftprobe, die mit einem Wiederwahlergebnis für Gabriel von 74,3 Prozent endete. Bei seiner ersten Wahl zum Parteivorsitzenden 2009 waren es noch 94 Prozent.

Fortwährend für Irritationen in der Partei sorgten Gabriels Sprunghaftigkeit und sein Hang zu Alleingängen. Eine nicht abreißende Kette an überraschenden Politikwechseln und sich widersprechenden öffentlichen

Äußerungen hatte zur Folge, dass sich Gabriel sowohl im Innern der Partei als auch bei den Medien und in der Öffentlichkeit das Image eines unbeständigen und wankelmütigen Politikers erarbeitet hat. Dies ließ Zweifel an seiner Standfestigkeit, Zuverlässigkeit und Vertrauenswürdigkeit aufkommen und es stellte sich immer wieder die Frage, wohin er die SPD führen wollte und ob er die Partei dabei mitziehen konnte.

3.8 Die Aufstellung von Martin Schulz zum Kanzlerkandidaten

Die SPD verfügt über kein klar geregeltes Verfahren zur Auswahl ihres Kanzlerkandidaten. Statuarisch ist das Votum eines Parteitags einzuholen. Die Entscheidung, welche Person gekürt wird, trifft jedoch ein kleiner Kreis von Spitzenvertretern. Der innerparteilichen Gepflogenheit nach besitzt der Parteivorsitzende das Vorrecht, die Kanzlerkandidatur für sich zu beanspruchen. Im Verzichtsfall gebührt ihm das Vorschlagsrecht, einen Kandidaten zu benennen. Erklärt sich der Parteivorsitzende zur Kandidatur bereit, ist sie ihm nur um den Preis eines zerstörerischen innerparteilichen Aufstands zu nehmen. Wer den Parteivorsitz innehat, verfügt also über eine Schlüsselstellung.

Überraschenderweise nutzte Gabriel im Alleingang sein Zugriffsrecht auf die Kanzlerkandidatur am 14. Januar 2017 so, dass er die Kandidatur für sich ausschlug und stattdessen Martin Schulz die Rolle zutrug. In Personalunion sollte Schulz auch den Parteivorsitz von Gabriel übernehmen. Den Verzicht begründete Gabriel mit seiner nicht hinreichenden Zugkraft, um die Partei bei der anstehenden Bundestagswahl aus der Talsohle herauszuführen. Mit der Entscheidung zugunsten von Schulz hatte der zweite ernsthafte Aspirant, der stellvertretende Parteivorsitzende und Hamburgs Erster Bürgermeister, Olaf Scholz, das Nachsehen. Letzterer hätte seinen Ruhm als zweimaliger grandioser Wahlsieger bei den Hamburger Bürgerschaftswahlen ausspielen können (Wiesendahl 2015). Er verfügt zudem über das Selbstbewusstsein, sich als jemand anzupreisen, der die SPD über 30 Prozent bringen könnte (Scholz 2016). Scholz ist ein pragmatischer Vertreter der Parteirechten und lehnt rot-rot-grüne Koalitionsspiele ausdrücklich ab. Scholz hätte als Retter in der Not bereit gestanden. Unter solchen Umständen hätte er auch die Unterstützung der Partei gefunden. Im Naturell und Politikverständnis ähnelt er jedoch eher der Kanzlerin, als mobilisierungsfähiger Kontrastriale hätte er sich weniger geeignet.

Mit Martin Schulz erhält die SPD einen Kanzlerkandidaten, der nicht die übliche Karriereleiter über parlamentarische oder exekutive Spitzenämter auf Landes- oder Bundesebene hochgekllettert ist. Schulz' Berufspolitikerleben beginnt stattdessen mit der Kommunalpolitik, um dann für 22 Jahre auf die europäisch-parlamentarische Ebene zu wechseln. Martin Schulz, Jahrgang 1955, wurde mit 31 Jahren Bürgermeister von Würselen, einer rund 40.000 Einwohner zählenden Kleinstadt in der Nähe von Aachen. Er übte dieses Amt elf Jahre lang aus bevor er 1994 ins Europaparlament wechselte und dort 2004 zum Chef der sozialistischen Fraktion aufstieg. Im Jahr 2012 wurde er Präsident des EU-Parlaments und verschafft sich in diesem Amt bis zu seinem Ausscheiden im Januar 2017 eine öffentlich wirkungsmächtige Auftrittsbühne im Kreis der Großen der Politik auf europäischer und internationaler Ebene. Er kann damit vom Nimbus eines staatsmännischen europäischen Spitzenpolitikers zehren. Absprachegemäß musste er allerdings zur Hälfte der laufenden Wahlperiode sein Präsidentenamt abgeben. Dies war auch einer der wesentlichen Gründe, die Europapolitik zu verlassen und ohne Mandat oder öffentliches Amt in die Bundespolitik zu wechseln.

Schulz' Vorteil, von allen Parteiflügeln als Vorsitzender und Kanzlerkandidat akzeptiert zu werden, besteht darin, anders als die Kanzlerkandidaten Steinmeier und Steinbrück, nicht als Architekt oder als expliziter Verfechter in die Agenda 2010 verwickelt zu sein. Obgleich er dem rechten Parteiflügel der Seeheimer nahe steht, kann er als Kandidat „von draußen“ innerparteilich einen weitaus größeren Manövrierspielraum ausnutzen. Ein Vertrauensvorschuss wird Schulz von den SPD-Mitgliedern auch deshalb gewährt, weil er sich um einen Schulterschluss mit der Partei bemüht und er bislang nicht durch über die Medien lancierte Eigenmächtigkeiten in der Kursbestimmung aufgefallen ist. Die Sprunghaftigkeit Gabriels ist ihm, so die bisherigen Eindrücke, ebenfalls nicht zu eigen.

Schulz vermag der über lange Zeit entmutigten Partei wieder Stolz und Inspiration auf höhere Parteiziele zu vermitteln. Für die Öffentlichkeit und die Wählerschaft ist er neu, quirlig und unverbraucht, was Neugierde weckt und mediale Aufmerksamkeit anzieht. Er ist ein guter und leidenschaftlicher Redner. Er grenzt sich in seiner anschaulichen Rhetorik von dem in der politischen Klasse vorherrschenden technokratischen Sprache ab und verfügt über ein ausgeprägtes Gespür dafür, was bei den einfachen Leuten ankommt. Darüber hinaus besitzt er eine reakti-

onsschnelle und schlagfertige Kämpfernatur, die ihm Respekt und auch Bewunderung einbringt. Schulz schöpft die Sympathien, die ihm zufließen, aus seiner kraftvollen dynamischen Ausstrahlung. Er strahlt Ich-starke Selbstgewissheit aus, die in den Sätzen gipfelt, Bundeskanzler werden und die SPD zur stärksten Partei machen zu wollen.

Obleich Schulz früh eine Berufspolitikerkarriere eingeschlagen hat, inszeniert er sich als „Mann aus dem Volk“. Aus seiner elfjährigen Bürgermeister-tätigkeit leitet er die Botschaft ab, die Alltagssorgen der einfachen, fleißigen und rechtschaffenden Menschen aus eigener Anschauung zu kennen und sich für sie stark machen zu können. Schulz setzt sich von der klassisch sozialdemokratischen Aufsteiger-Saga ab, welche zur Entfremdung von der einfachen Herkunft führt und bei der Cohiba und bei Brioni-Anzügen enden könnte. Er ist, so sein Framing, kleinstädtisch und heimatverbunden geblieben und ist Mensch unter „ganz gewöhnlichen“ Menschen. Überaus anschlussfähig ist auch sein Argument der zweiten Chance, dem von ihm zum Einsatz gebrachten Resilienz-Narrativ. Damit deutet er seine Jugendzeit so, dass er mit einer enormen Willensanstrengung sich diesem Aus-der- Bahn-geworfen-zu-werden entgegen gestemmt habe und ihm die Kehrtwende erfolgreich geglückt sei. Sich nicht unterkriegen zu lassen und wieder aufzurichten, wird ihm von vielen hoch angerechnet werden. Schulz' Einstiegsnarrativ hat sich soweit erfolgreich etabliert, dass es zum roten Faden eines Wahlkampf-drehbuchs werden könnte. Denn der Mobilisierungsauftrieb, den Schulz bewirkt hat, ist in Schwung zu halten, um die wetterwendische öffentliche Stimmungskonjunktur und die Aufmerksamkeitsökonomie der Medien an sich zu binden.

Wofür Schulz politisch steht und welchen politischen Kurs er mit der SPD einschlagen will, bleibt zunächst noch blass und erschöpft sich in vagen Floskeln. Dabei sticht er nicht mit wirklich innovativen oder querdenkerischen politischen Gestaltungsideen hervor, sondern hält sich an die selbst noch nicht konkret ausformulierte Parteilinie. Auf ein mit Schulz abgestimmtes Wahlprogramm wird wegen noch ausstehender Klärungen noch länger zu warten sein. Der für die Vorstellung und Verabschiedung des Wahlprogramms geplante Parteitag wurde jedenfalls vom ursprünglich geplanten Termin, dem 29. Mai 2017, auf Ende Juni verschoben.

Zu Recht kann Schulz vorgehalten werden, dass er sich mit seiner Brüsseler Verwurzelung mit den Details der innenpolitischen Agenda nicht auskenne. Er ist damit aber als Herausforderer der Kanzlerin auch nicht auf die Rolle des Fachpolitikers festgelegt, sondern füllt die Rolle des staatsmännischen, international vernetzten Generalisten aus, die er sich durch die expansive Auslegung der Position des EU-Parlamentspräsidenten zugelegt hat. Zudem bringt er auf Augenhöhe mit der Kanzlerin Erfahrungen gegenüber den bis zum Herbst dieses Jahres weiter virulent bleibenden Problemen der Flüchtlingsintegration, der Griechenland- und EU-Krise, des Brexits und der Neujustierung der transatlantischen Beziehungen mit, die allesamt eine europäische Dimension aufweisen. So vertritt er in der Flüchtlingsfrage, im Einklang mit der Kanzlerin und dem Kommissionspräsidenten Junker, eine europäische Lösung. Und auch in Fragen des Freihandels ist mit einem Schulterschluss zwischen Schulz und der Kanzlerin zu rechnen. Bei der von Merkel und Schäuble in Europa verfochtenen Austeritätspolitik liegen die Dinge dagegen anders. Wie aus ersten Interviewaussagen herauszulesen ist (Schulz 2017), wird er im Schlagabtausch mit der Kanzlerin einen Schongang einlegen. Stattdessen versucht er, einen Keil zwischen die Schwesterparteien CDU und CSU zu treiben.

3.9 Die Lage des Willy-Brandt-Hauses

Im Willy-Brandt-Haus sind der Parteivorstand und die Parteizentrale untergebracht, die organisatorisch das Schaltzentrum der Partei bilden. Mit seinem Amtsantritt 2009 überließ Gabriel, ausgenommen war ein enger Kreis von Mitarbeitern, der neuen Generalsekretärin Nahles die Personalführung und die Leitung des laufenden Betriebs. Bis Ende Juni 2012 wurde Nahles von der Bundesgeschäftsführerin Astrid Krug unterstützt. Nach ihrem Weggang blieb die Stelle verwaist, bis sie im Mai 2016 mit der vormaligen Referatsleiterin „Politische Planung und gesellschaftliche Analysen“ in der rheinland-pfälzischen Staatskanzlei, Juliane Seifert, besetzt wurde. Nach dem Wechsel von Gabriel und Nahles in die Regierung der Großen Koalition 2013 ernannte der Parteivorsitzende im Januar 2014 die ehemalige Gewerkschaftsfunktionärin Jasmin Fahimi zur Generalsekretärin, die er im Dezember 2015 durch Katarina Barley auswechselte.

Mit Blick auf das Wahljahr 2017 hat Gabriel noch einige wichtige Personalentscheidungen getroffen, die die Kampagnen- und politische Kommunikationskompetenz des Willy-Brandt-Hauses stärken sollten (Nies-

mann 2016: 34 f.). Für die operative Kampagnenführung griff Gabriel bereits im Herbst 2015 auf den Organisator der Obama-Kampagne, Jim Messina, zurück, der 2017 einem zielgenauen Mobilisierungswahlkampf Schwung geben soll.

Angesichts des knappen Zeitrahmens bis zur Bundestagswahl ist Martin Schulz bereits Ende Januar, noch vor seiner offiziellen Inthronisation als Parteivorsitzender und Kanzlerkandidat auf einem Sonderparteitag am 19. März 2017, ins Willy-Brandt-Haus eingezogen. Schulz hat sein auf ihn eingeschworenes Arbeiterteam, bis auf seinen langjährigen Vertrauten Markus Engels, in Brüssel zurückgelassen. Neben der Generalsekretärin Katarina Barley und Markus Engels steht ihm der noch von Gabriel in die Zentrale entsandte ehemalige Pressesprecher Tobias Bünow zur Seite. Die Wahlkampfmannschaft ist formiert und steht unter der operativen Leitung der Bundesgeschäftsführerin Juliane Seifert und Markus Engels. Die Gesamtverantwortung liegt in den Händen der Generalsekretärin. Schulz wird im Wahlkampf von der Hamburger Werbeagentur KNSK unterstützt, mit der er schon bei seiner Europawahlkampagne 2014 zusammenarbeitete. Anders als 2013 ist durch die frühen Personalrochaden und Bündelung der Kräfte eine Steigerung der Strategiekompetenz und Kampagnenfähigkeit des Willy-Brandt-Hauses zu erwarten.

3.10 Gruppen und ideologische Flügel

Neben der vertikalen Machtverteilungsstruktur verfügt die SPD über eine horizontale Gruppenstruktur, die aus Arbeitsgemeinschaften gebildet wird (Wiesendahl 2011: 118 f.). Dazu zählen unter anderem die Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten in der SPD (Jusos), die AG für Arbeitnehmerfragen (AfA), die AG sozialdemokratischer Frauen (ASF) sowie AGs für Juristinnen und Juristen (ASJ) und für sozialdemokratische Mitarbeiter im Gesundheits- (ASG) und im Bildungswesen (AFB). Für Studierende stehen Juso-Hochschulgruppen offen. Es gibt eine AG SPD 60 plus, eine AG für Selbstständige (AGS) und – organisatorisch eigenständig – das Wirtschaftsforum der SPD unter Führung des ehemaligen Chefs des TUI-Konzerns, Michel Frenzel (Greive und Sturm 2016: 4). Zudem hat die Partei themenbezogene Subgruppen, etwa für Migration und Vielfalt, Lesben und Schwule (Schwusos) und ehemals verfolgte und inhaftierte Sozialdemokraten (AVS). Auf der Ortsvereinsebene sind wenige dieser Gruppen aktiv, und auch auf der

Unterbezirksebene haben die AGs an Bedeutung verloren. Die einst mächtige Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) ist seit der Schröder-Ära in ein Randdasein abgedrängt worden. Unter ihrem derzeitigen Bundesvorsitzenden Klaus Barthel ist sie nur noch ein Schatten des einstmals eng mit den Gewerkschaften liierten Arbeitnehmerflügels der SPD. Die AfA war lange eine mächtige, den Seeheimern nahestehende Einflussgruppe in der SPD, die im engen Schulterschluss mit den Gewerkschaften die sozial- und arbeitsmarktpolitischen Richtlinien bestimmen und sie über das Arbeitsministerium auch politisch umsetzen konnte. Als sich die AfA jedoch offen gegen die Schröderschen Reformen stellte, verlor sie an Einfluss. Entmachtet wurde sie, als Schröder 2002 das Arbeitsministerium dem von Wolfgang Clement geführten Wirtschaftsministerium zuschlug. Seither führen im Regierungsfall AfA-fremde SPD-Politiker das Arbeitsministerium. AfA-Vertreter sind bestenfalls noch als Staatssekretäre im Spiel. Mit ihrer Marginalisierung ist die AfA stärker nach links gerückt und unterstützt Bestrebungen, die SPD wieder als alte gewerkschaftsnahe Arbeitnehmerpartei zu restituieren.

Ungebrochen ist dagegen der Einfluss der Flügel und Strömungen in der Partei, denen die SPD eine organisatorische Plattform bietet. Seinem innerparteilichen Gewicht nach ist zuerst der Seeheimer Kreis zu nennen, der in der Ausrichtung Sprachrohr der Parteirechten ist und mit seiner Verankerung in der SPD-Bundestagsfraktion Einfluss auf politische Karrieren ausübt. Sprecher sind gegenwärtig Johannes Kahrs, Carsten Schneider und Petra Erstberger. Die Seeheimer sind nicht nur als Ausrichter einer legendären jährlichen Spargelfahrt bekannt, sondern melden sich regelmäßig mit Positionspapieren zu Wort. So erregten sie Ende Januar 2016 mit der Forderung nach 20.000 neuen Stellen im Sicherheitsapparat und der Aufstockung der Bundeswehr von 177.000 auf 200.000 Soldatinnen und Soldaten öffentliche Aufmerksamkeit (SZ v. 2.2.2016: 5). Anfang Oktober 2016 meldeten sich die Seeheimer erneut zu Wort: In dem Papier „Die Mehrheit im Blick“ legen sie ihre Vorstellungen für den Bundestagswahlkampf dar (Neues Deutschland, 6.10.2016: 6). Bekanntes wie die Bürgerversicherung und die Gleichstellung von Homosexuellen zählten dazu. Steuererhöhungen für Spitzenverdiener und Vermögende bleiben ausgeklammert. Sie setzen sich für einen starken Staat und für mehr innere und äußere Sicherheit ein, was durch Stellenaufstockungen bei der Polizei, den Sicherheitsorganen und der Bundeswehr erreicht werden soll. Plädiert wird zudem für ein Einwanderungsgesetz. Zwischen die klassischen Flügel schob sich 1999 das „Netzwerk Berlin“.

Gegründet wurde es als Forum für jüngere, programmatisch interessierte Abgeordnete, die sich nach eigener Aussage sowohl von den „kanzler-treuen“ Seeheimern als auch von den für sie zu rückwärtsgewandten SPD-Linken abzugrenzen versuchen (Reinhardt 2014: 92 f.). Als offene Diskursplattform dient den Netzwerkern die „Berliner Republik“. Sowohl Seeheimer als auch das „Netzwerk Berlin“ haben als Modernisierer ohne wahrnehmbares Murren die wirtschafts- und sozialpolitische Wende der SPD in Gestalt von Hartz IV und der Agenda 2010 gestützt und sehen die Zukunft der Partei nicht in der Rückkehr zum klassischen Sozialstaats- und „Kleine-Leute“-Repräsentationsverständnis. Im Blick stehen für sie neue Mittelschichten und wirtschaftliche Leistungsträger.

So viel Prominenz ist der Parteilinken nicht beschieden. Zwar ist sie als „Parlamentarische Linke“ mit 90 Abgeordneten in der Bundestagsfraktion eine gewichtige Kraft (Grunden 2012: 113), sie kann aber im Notfall durch Zweckbündnisse der Seeheimer und Netzwerker ausgegrenzt werden. Seit Mitte 2015 hat Matthias Miersch den Vorsitz der Gruppe inne. Über das „Forum Demokratische Linke (DL 21)“, das den „Frankfurter Kreis“ ablöste, ist der linke Flügel auch in der außerparlamentarischen Parteiorganisation vertreten. Eine Zeit lang diente Andrea Nahles dem Forum als Sprecherin. Jüngst machte es eine Spaltung durch, als die von manchen als zu radikal empfundene Bundestagsabgeordnete Hilde Mattheis das Sprecheramt übernahm. Eine weitere Kooperationsbasis der Parteilinken ist die 2014 ins Leben gerufene „Plattform Neue Linke“. Engere Verbindungen gibt es zwischen Matthias Miersch, der Juso-Vorsitzenden Johanna Uekermann und Ralf Stegner, der neben Miersch im Bundesvorstand der Partei sitzt. Sie verkörpern in der Partei eine Wächterfraktion, um sich vermeintlich richtungspolitischen Fehlentwicklungen entgegen zu stemmen.

Die Arbeitsgemeinschaften waren ursprünglich als Brückenglieder zu gesellschaftlichen Gruppen und Unterstützernetzen gedacht. SPD und Gewerkschaften, beide aus der Arbeiterbewegung kommend, pflegten einstmals eine innige Partnerschaft. Diese Beziehung ist lockerer und distanzierter geworden. Entfremdungstendenzen zwischen den Gewerkschaften und der SPD setzten schon Ende der 1970er ein, als Helmut Schmidt mit seiner Politik der Sozialleistungseinschränkungen den Widerstand der Gewerkschaften mobilisierte. In der Partei löste schon Jahre zuvor der Vormarsch der Öko-Sozialisten Befremden bei gewerkschaftlich orientierten Mitgliedern aus. Als sich in den 1980ern die in

die Opposition gedrückte Partei unter dem Einfluss der Partei-Linken weg von „Brot und Butter“-Anliegen für Themen der „neuen Politik“ erwärmte, wuchsen die Irritationen im Gewerkschaftslager. Zum zeitweiligen Bruch führten die Auseinandersetzungen um die Agenda 2010. Zwischen dem Kanzler und speziell der IG Metall wurden Feindseligkeiten ausgetragen und es waren Gewerkschaftsfunktionäre, die mit der Gründung der WASG den Aufstieg der PDS zur gesamtdeutschen Partei DIE LINKE ermöglichten.

Der SPD bekommt es nicht gut, dass in der Parteispitze oder der Führung der Bundestagsfraktion kein prominenter Gewerkschafter mehr vertreten ist. Um die Lücke zu schließen, wurde 2013 Klaus Wiesehegel als Chef der Baugewerkschaft für das Kompetenzteam von Peer Steinbrück gewonnen und sollte, im Falle eines Wahlsiegs, Arbeitsminister werden. Auch Gabriels Versuch Ende 2011, in seiner Funktion als Parteivorsitzender, den damaligen DGB-Chef Michael Sommer in den SPD-Bundesvorstand zu kooptieren, scheiterte am Widerstand mächtiger Einzelgewerkschaften.

Nach der lange zurückliegenden Brandt-Ära hat die Anziehungskraft der SPD für Leitfiguren aus dem wissenschaftlichen, medialen und zivilgesellschaftlichen Bereich nachgelassen. Noch immer arbeiten sich linksorientierte Wissenschaftler, Schriftsteller und Intellektuelle an der Partei leidend ab, ohne der Drift zu den Grünen oder zur Linken anheimzufallen. Insbesondere die Grünen sind der SPD als Zeitgeistpartei zur Konkurrenz geworden. In den liberalen Leitmedien, der protestantischen Kirche, unter der Prominenz aus Musik, Film, Theater, Kultur und Sport hat die SPD an Ansehen und „Bekennen“ verloren. Allein die Beziehungen zu den Sozialverbänden, dem Mieterbund oder der Arbeiterwohlfahrt scheinen noch intakt, wenngleich der Beitritt des Hauptgeschäftsführers des Paritätischen Wohlfahrtsverbands, Ulrich Schneider, zur Linken ihr ein Menetekel sein sollte.

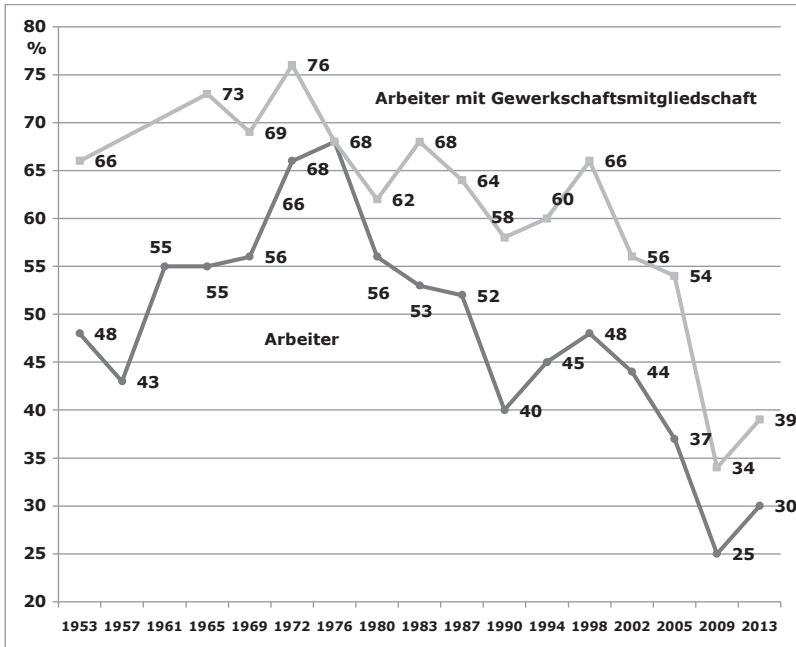
4. Die SPD auf der Suche nach ihrem Standort und ihrem Vertretungsprofil

4.1 Der Einbruch der SPD in ihrer Stammwählerschaft

Die SPD ist ihrer Herkunft nach eine Arbeiterpartei. Sie hat sich allerdings seit ihrer ersten Teilnahme an Wahlen im Kaiserreich nie ausschließlich auf die Arbeiterschaft gestützt. Und dennoch gelang es ihr, die städtische Industriearbeiterschaft an sich zu binden. Zu keinem Zeitpunkt konnte sie im vergleichbaren Maßstab bei Unternehmern, Selbstständigen, Mittelstand oder Landwirten reüssieren. Die auf den industriellen Klassenkonflikt zurückgehende Schiefverteilung ihrer Wählerrepräsentanz erklärt einerseits die überproportional hohe Verankerung der Partei in der städtischen Wählerschaft. Andererseits erweiterte sie sich elektoral in dem Maße zur Arbeitnehmerpartei, wie sie vom Aufstieg der Angestellten und neuen unselbstständigen Mittelschichten erfolgreich profitieren konnte. Die Erosion der SPD-Wählerschaft wirft die Frage auf, inwieweit die Verluste auf den verlorenen Anschluss an bestimmte Wählergruppen zurückgehen.

Die Erosion der SPD in der Wählerschaft ist nach wahlsoziologischen Befunden maßgeblich auf die Abwendung von Stammwählern aus dem Arbeiterbereich zurückzuführen. Bis in die späten 1970er Jahre konnte die Partei ihren überproportional hohen Rückhalt unter Arbeitern und speziell gewerkschaftsnahen Arbeitern ausbauen (Abbildung 6) und ein breites Stammwählerpolster errichten. Schmollinger und Stöss haben anhand von Infas-Daten die Parteipräferenz der „Arbeiterschicht“ zwischen 1963 und 1985 mit dem Ergebnis untersucht, dass

Abbildung 6: Wahlentscheidung von Arbeitern zugunsten der SPD 1953-2013



Quellen: Bis 1998: J. W. Falter und H. Schoen: *Wahlen und Wählerverhalten*. In T. Ellwein und E. Holtmann (Hrsg.): *50 Jahre Bundesrepublik Deutschland*, Wiesbaden/Opladen 1999, S. 460 ff., ab 1976 Politbarometer der Forschungsgruppe Wahlen.

Arbeiter und gewerkschaftlich organisierte Arbeitnehmer nach wie vor eine „Stammwählerbank“ der SPD bildeten. Eine „Flexibilisierung des Wahlverhaltens“ lasse sich bei diesen Traditionswählern nicht beobachten (1989: 91). Wie Weßels (2000: 146 ff.) für den Entwicklungszeitraum 1953 bis 1998 aufzeigt, sind historisch gewachsene Allianzen zwischen gesellschaftlichen Gruppen und Parteien nicht aufgelöst, allerdings unterliegen sie einer kontinuierlichen Schrumpfung. So ist der Anteil der Arbeiter unter den Wahlberechtigten von 1953 bis 1998 von 36 auf etwa 20 Prozent gesunken. Die Gruppe der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter schrumpfte von 13 auf knapp 10 Prozent (ebd.). Dem stehen aber auch andere Umfragezahlen entgegen. Nach Allbus-Daten ist zwar die „Arbeiterklasse“ geschrumpft, aber im Jahr 2010 ließen sich noch immer 29 Prozent der Westdeutschen und 38 Prozent der Ostdeutschen der Arbeiterschaft zuordnen (Schäfer 2015: 127).

In den Jahren 1972 bis 1976 hatte die SPD in ihrer Traditionswählerschaft ihren höchsten Rückhalt. Seitdem ist die Unterstützung unter den Arbeiterwählern stark rückläufig. 1998 nochmals temporär ansteigend, löste sich der Rückhalt der SPD in dieser Gruppe in dramatischer Weise auf und sackte 2009 auf den tiefsten Punkt – auf 25 bei Arbeitern bzw. 34 Prozent bei gewerkschaftsnahen Arbeitern (Abbildung 6). Lediglich 2013 profitierte sie wieder von einem leichten Anstieg der Arbeiterstimmen. Von 1976 bis heute scheint die einstmals stabile Allianz zwischen Arbeiterschaft und SPD starke Brüche erfahren zu haben. Für die Partei ist das ein dramatisches Moment, stieß sie doch 2013 unter „einfachen“ Angestellten, Ungelernten und Facharbeitern auf kaum mehr Unterstützung als die Union (Elff und Roßteutscher 2016: 51 f.). Bei Arbeitern insgesamt lag der Abstand zwischen SPD und Union im Jahr 2013 bei 30 zu 38 Prozent (Forschungsgruppe Wahlen 2013).

Auch DIE LINKE profitierte nach 2002 deutlich von der Bindungsschwäche der SPD und vervierfachte ihren Arbeiterstimmenanteil bis 2009 auf 16 Prozent (Spier 2017: 211). Die Zukunft der SPD sieht, was ihren Wiederanschluss an ihre früheren Arbeiterbastionen betrifft, auch deshalb nicht rosig aus, weil in ihren ehemaligen Wählerhochburgen, den städtischen Arbeiterquartieren, stärkste Einbrüche in der Wahlbeteiligung zu beobachten sind (Schäfer 2015: 123 ff.).

4.2 Die Agenda 2010 und der Bruch der SPD mit ihrer Traditionswählerschaft

Die Parteienforschung hält zur Errichtung und Auflösung von dauerhaften Parteien-Wähler-Allianzen die Cleavage-Theorie bereit (Lipset und Rokkan 1967). Sie schreibt Parteien entlang von gesellschaftlichen Konfliktlinien eine Interessenrepräsentationsfunktion zu, auf deren Grundlage sie die repräsentierten gesellschaftlichen Gruppen und Milieus fest an sich bindet. Solche Parteien-Wähler-Allianzen werden brüchig oder lösen sich auf, wenn Parteien in ihrer kollektiven Interessenrepräsentation versagen bzw. sogar mit ihrer Politik gegen die Interessenlage der mit ihnen verbündeten Wählerschaft verstoßen.

Die Entfremdung, die in der Abwanderung von SPD-Stammwählern zum Ausdruck kommt, lässt auf einen einseitigen Bruch der Repräsentationsbeziehung durch die SPD schließen und darauf, dass sich Arbeiter und sogenannte „kleine Leute“ nicht mehr von ihrer Partei vertreten fühlen.

In der Tat rührt die Bindung der Arbeiterschaft an die SPD vom Klassenkonflikt her, bei dem die Partei zunächst als Anwalt für die ökonomische, soziale und kulturelle Integration der Arbeiterklasse in die kapitalistische Gesellschaftsordnung kämpfte und über den Auf- und Ausbau des Sozialstaats die Teilhabe an der Konsum- und Wohlstandsgesellschaft sowie den kollektiven Schutz vor Arbeitslosigkeit, Krankheit oder Altersarmut ermöglichte. Das politische Kapital der SPD band sich an das Aufstiegsversprechen und daran, für schwächere Teile der Gesellschaft solidarisch einzustehen.

Mit der Agenda 2010 und der Ausrichtung auf eine imaginäre „neue Mitte“ hat die SPD unter Gerhard Schröder einen Paradigmenwechsel vollzogen und sich gewissermaßen neu erfunden. Bereits 1998 – fünf Jahre vor der Agenda 2010 – wollte man eine zur neuen Mitte gewandte Partei, was einem Abschied von der „Vertretung des Souterrains“ gleichkam (Walter 2010: 108). Der untere Teil der Gesellschaft war ihr nach Walter schon seit Längerem fremd geworden. Für ihn setzte der Prozess der Milieuauszehrung schon in den 1970ern ein, als die Kinder der aufstiegs- und bildungsorientierten Facharbeiter über die geöffneten Bildungskanäle den Sprung in die Mittelschichten vollzogen (Walter 2009: 76 f.). Zurück blieben Reste der Arbeiterschaft und neue Unterschichten, die wegen des nicht mehr wirksamen Milieuzusammenhangs die Bande zur SPD kappten. Nun „begannte die Entsozialdemokratisierung des bundesdeutschen Restproletariats“ (ebd.: 77), zumal es der Partei schwer fallen musste, diese heterogene Gruppe von Modernisierungsverlierern, Ausgegrenzten und Marginalisierten für die sozialdemokratische Idee einer besseren Zukunft gewinnen und einspannen zu können.

Die SPD wandte sich ihrerseits von ihrem alten Vertretungssubjekt ab, als sie mit dem Schröder-Blair-Papier vom Juni 1999 wirtschaftsliberalem Denken anheimfiel und die traditionelle Verteilungsgerechtigkeit durch Chancengerechtigkeit austauschen wollte. Dies verband sich mit dem Kurs der „neuen Mitte“. Er steht nach Wolfgang Merkel (2000: 103) für einen radikalen Kulturbruch des sozialdemokratischen Gerechtigkeits- und Solidaritätsverständnisses. Einerseits „setzt man nicht mehr auf die politische Kultur einer solidarischen Arbeits- und Gesellschaftsmoral, sondern rechnet mit rationalen, den individuellen Nutzen maximierenden Akteuren“. Andererseits wird der Bürger zur Teilnahme an der Erwerbsarbeit in die Pflicht genommen, die ihm bereitgestellten Chancen wahrzunehmen.

Dieser Denkansatz wurde mit der Agenda 2010 und den Hartz-Gesetzen zur praktischen Politik, die die SPD in Konfrontationsstellung zur sozialdemokratischen Traditionswählerschaft brachte. So wurden arbeitslose, unselbstständig Beschäftigte nach einem Jahr Arbeitslosengeld in die Sozialhilfe überführt und dazu veranlasst, jedwede Arbeit, ob qualifikations- oder bezahlungsgerecht, anzunehmen (von Lucke 2015: 27 f.). Für Nachtwey (2009: 215 ff.) steht Hartz IV für die Herabwürdigung und soziale Deklassierung von Arbeitslosigkeit auf Sozialhilfeniveau. Zugleich sei durch Steuergeschenke an Unternehmen, Kapitaleigner und Spitzeninkommensbezieher ein Umverteilungsprozess von unten nach oben eingeleitet worden, der die Kluft zwischen Reichtum und Armut vertiefte und die Gesellschaft ungleicher und ungerechter gemacht habe.

Die Kritik von links lässt kein gutes Haar an den Schröder-Reformen. Nach Franz Walter machte dies die SPD „zu den politischen Mitvollstreckern der neuen sozialen Ungleichheiten“ (2010: 88 f., 120). Hierdurch ist, nach Robert von Olberg (2015: 69), dem „ursozialdemokratischen Aufstiegsversprechen“ die Glaubwürdigkeit genommen worden. Albrecht von Lucke (2015: 24) schlussfolgert, dass Hartz IV „somit für den Beginn der Entsolidarisierung der SPD, ja, man könnte sogar sagen, ihrer Entsozialdemokratisierung“ stehe.

Dieser Kritik steht die Tatsache entgegen, dass sich die rot-grüne Bundesregierung nach ihrer Wiederwahl 2002 angesichts stark anwachsender Arbeitslosenzahlen und einer Kostenexplosion bei den daraus resultierenden Sozialausgaben zum Handeln gezwungen sah, Beschäftigungslose durch „Fördern und Fordern“ wieder dem Arbeitsmarkt zuzuführen. Der Niedriglohnsektor zur Bewältigung der Beschäftigungskrise war gewollt, ohne die sich massiv ausbreitenden Formen irregulärer Arbeit richtig eingeschätzt zu haben. Aus volkswirtschaftlicher Sicht kann den Hartz I-bis-IV-Reformen – neben der Lohnzurückhaltung der Gewerkschaften – ein wichtiger Beitrag zur Überwindung der Beschäftigungskrise in Deutschland beigemessen werden.

Für das Verhältnis der SPD zur Wählerschaft hatten Hartz IV und die Agenda 2010 indes weitreichende Folgen. Die Reformen wurden mit dem Anspruch verknüpft, die Partei der „neuen Mitte“ sein zu wollen. Die Partei hat sich nach Walter (2010: 108) damit zur Vertretungsinstanz des Teils der Gesellschaft erklärt, der sich zu den „Gewinnern, den Starken, den Chancennutzern“ zählt. Diese Verbrüderung zahlte sich nicht aus,

wie der Absturz der SPD auf 23 Prozent bei der Bundestagswahl 2009 verdeutlicht. Im Gegenteil: Die Agenda 2010 förderte den Aufstieg der Partei DIE LINKE, mit der Geburtshelferschaft des abtrünnigen Ex-Vorsitzenden der SPD, Oskar Lafontaine. Ein Aufstieg, der der SPD zum „Verhängnis“ werden sollte (Spier und von Alemann 2013: 445).

Der Rückhalt in der Wählerschaft war beschädigt, war es doch ein einseitig vollzogener Bruch einer langjährig aufgebauten Repräsentationsbeziehung der Partei zu ihrer Kernwählerschaft aus dem Arbeiter- und „kleine Leute“-Milieu, der allem Anschein nach eine irreparable Vertrauenskrise auslöste. Die Agenda-Politik griff auf Forderungen des Unternehmer- und Arbeitgeberlagers zurück, dem zudem mit Steuergeschenken größeren Umfangs gedient wurde. In den Jahren 2003 und 2004 nahm die SPD eine Positionsveränderung auf der vom alten Klassenkonflikt herrührenden sozioökonomischen Links-Rechts-Achse vor und adaptierte eher marktliberale, sozialstaatsfernere Politikansätze.

Das weitere Fortkommen der Partei hängt nun davon an, ob sie in der sich selbst gestellten Falle verharret, sich von der Vertretung der unteren Gesellschaftsschichten losgesagt zu haben, ohne dass der Anschluss an die gesellschaftliche Mitte geglückt ist. Ist der Partei der Weg verbaut, den Kontakt zu ihrer abgehängten Traditionswählerschaft wieder herzustellen, oder ist mit dem Abdriften dieser Schicht zur Linken und in die Wahlverweigerung der Bruch irreparabel? Hat also, wie Franz Walter (2010: 108) diagnostiziert, die SPD mit der Agenda-Politik einen „Point of no Return“ erreicht, der nichts anderes mehr zulässt, als weiterhin auf die „aufgestiegenen Leistungsträger, auf diejenigen die ausreichend Kraft, Selbstbewusstsein, Disziplin aufbringen...“ (ebd.: 108 f.) zu setzen? Eine Hinwendung zur Mitte, zum mehrheitsfähigen Mainstream der Bevölkerung ist jedoch empirisch trügerisch. Es gibt eine felsenfeste Konstante von einer Drei-Viertel-Mehrheit, die über alle wechselvollen Zeiten der Nachkriegsentwicklung am Sozialstaat als Garant der kollektiven Absicherung sozialer Risiken festhält (Kohl 2016: 22 ff.) und dessen weiteren Ausbau wünscht (Heinrich, Jochem und Siegel 2016: 16). Marktliberale und für Eigenverantwortung eintretende Haltungen treffen dagegen nur einen sozial eingegrenzten Unterstützerkreis von unter einem Viertel der Bevölkerung. Das Dilemma der heutigen SPD ist, dass ihr der Bruch mit dem so hoch geschätzten Sozialstaat wie ein nicht abzuschüttelnder Geruch anhaftet, weil sich die Schröder-Ära tief in das kollektive Gedächtnis der Bevölkerung eingegraben hat.

Die Wende der SPD von der Umverteilungspartei hin zur „neuen Mitte“, den gut gestellten Selbstständigen, Freiberuflern und leitenden Angestellten, hat nicht die erhofften Früchte getragen. Zur nüchternen Bilanz der marktkonformen Wende der Schröder-Ära mit ihrer „neuen-Mitte“-Strategie gehört die 2009 und 2013 gewonnene Gewissheit, bei der Zielgruppe der sogenannten Leistungsträger der Gesellschaft nicht reüssiert zu haben.

Aus diesem Dilemma zieht der neue Parteichef und Kanzlerkandidat der SPD die Konsequenz, sich mit Blick auf die abtrünnige Traditionswählerschaft von der Agenda 2010 graduell abzusetzen. Zwar bescheinigt er der zu den Zeitumständen von 2003 passenden Agenda dem heutigen Deutschland eine „Rekordbeschäftigung“ beschert zu haben (Schulz 2017: 32), aber es sei auch ein Fehler gewesen, nicht auch „Superreiche stärker zu belasten“ (ebd.). Wie Schulz auf einem SPD-Arbeitnehmerkongress am 20. Februar 2017 in Bielefeld ankündigte, will er die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes für ältere Arbeitnehmer wieder ausdehnen (SZ v. 21.02.2017: 1).

4.3 Der Konflikt um die „Mitte“-Zielgruppenausrichtung der Partei

Um 30 Prozent oder mehr zu erreichen, muss die SPD Wähler, die sie verloren hat, oder die sich im Wartestand befinden, zurückgewinnen. Sie muss Wechselwähler hinzugewinnen – durch Abwerbung von der Konkurrenz. Sie muss verhindern, dass bislang treue Wähler abwandern. Und schließlich gilt es, SPD-Wähler im Auge zu behalten, die aus koalitionsstaktischem Kalkül einer Partei ihre Stimme geben, mit der die SPD eine Koalition bilden oder durch die eine unerwünschte Koalitionsbildung blockiert werden soll.

Schenkt man Matthias Jung von der Forschungsgruppe Wahlen Glauben, sind Wahlen nur in der politischen Mitte zu gewinnen, der sich 60 Prozent aller Wahlberechtigten zurechnen (2016: 232). Keine Partei kommt an diesem Mantra vorbei. Zu erinnern sei die SPD indes daran, dass sie in der ideologischen Einschätzung ihrer Wähler nie Linkspartei war, sondern sich schon in den 1970ern und 1980ern zu rund 40 Prozent auf Mitte-Wähler stützte (Schmitt 1990: 136). Dies entlastet die SPD nicht, mit der „Mitte“ eine Wähler-Zielgruppe strategisch ins Visier zu nehmen, die sich allerdings davon auch angesprochen fühlen muss.

Die SPD hat seit den frühen 1970ern mehrere Versuche unternommen, um die Mitte für sich zu vereinnahmen (Wiesendahl 2011: 55 f.). Sie hat dabei auf verschiedene Varianten des Mitte-Konzepts zurückgegriffen. Willy Brandt machte sich die „neue Mitte“ als gesellschaftliches Bündnis-Konzept zu eigen, um damit eine Reformallianz zwischen sozial-liberalen gesellschaftlichen Kräften zu legitimieren. Später griff Franz Müntefering die Mitte als topographisches Standortkonzept erneut auf. Mitte sei dort, wo die „linke Volkspartei SPD“ stünde. Während die SPD seit 1998 „strukturell, inhaltlich und habituell“ in das Zentrum des Parteiensystems gerückt sei, habe die CDU diesen Platz verloren und sei an den „Rand“ abgedrängt worden. Als dritte Variante liegt der Schröderschen „neuen Mitte“ ein elektorales Zielgruppenkonzept auf soziologischer Basis zugrunde, das die SPD bis heute nicht losgelassen hat. Aufschlussreich ist dabei die gezielte Verengung auf „Leistungsträgerinnen und Leistungsträger unserer Gesellschaft“ (SPD Vorstand 1998: 12), die allesamt die bessere Hälfte der Gesellschaft verkörpern und durch das Band der Leistungsfähigkeit zusammengeschweißt sind. Gebaut wird auf „die hoch qualifizierten und motivierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, auf die Frauen und Männer, die in Familie und Schule Verantwortung tragen für Erziehung und Bildung unserer Kinder, auf die vorausschauenden und engagierten Manager und Unternehmer, auf die innovativen und flexiblen Mittelständler, Handwerker und Freiberufler, auf die mutigen Existenzgründer, auf die hervorragend ausgebildeten Informatikerinnen, Ärztinnen und Ingenieurinnen, auf die erfindungsreichen Techniker und Wissenschaftler und auf die verantwortungsbewussten deutschen Gewerkschaften“.

Die Mitte ist für die SPD ein Berufsgruppenkonglomerat im gesellschaftlichen Oben-Unten-Bereich, sie ist nicht politisch bestimmt als „Maß und Mitte“, wie sie von der CDU zur ideologischen Standortplatzierung benutzt wird (Dürr 2002: 31ff). Auffallend an der „neuen Mitte“ ist ihre soziale Heterogenität und ihr Additionscharakter. Verbindendes, das sie mental oder ideell zu einem Vertretungsobjekt macht, für das sich die SPD einsetzt, bleibt ausgeklammert. Für das Profil und Selbstverständnis der Partei ist die „neue Mitte“ von einiger Brisanz, weil sie, was unschwer zu erkennen ist, ihre Rolle als „Schutzmacht der kleinen Leute“ aufgibt. Ähnlich ergeht es den sozial Abgehängten und Arbeitslosen. Dem Wähleranteil nach fand die SPD bei der „neuen Mitte“ wenig Resonanz: Den Verlust an Arbeiterstimmen konnte sie nicht wettmachen. Nach Befunden der Bundestagsnachwahlbefragung 2013 der Forschungsgruppe Wahlen

wählten Angestellte zu 27 Prozent SPD, während Beamte und Selbstständige zu 25 bzw. 15 Prozent ihr Kreuz bei der Partei machten. Wähler und Wählerinnen mit höheren Bildungsabschlüssen blieben mit ihrem Zuspruch unter dem durchschnittlichen Stimmenanteil der SPD von 25,7 Prozent.

So war es nur allzu konsequent, dass sich Sigmar Gabriel im November 2009 bei seiner Bewerbungsrede für den Parteivorsitz auf dem Dresdner Parteitag (Gabriel 2009: 170 f.) von dem „Gespenst ... der neuen Mitte“ absetzte und die Vorstellung zurückwies, dass es sich um „eine bestimmte Gruppe in der Gesellschaft“ handle. Nicht „einreden“ dürfe man sich lassen, die politische Mitte „sei etwas Festgelegtes, an das man sich anpassen müsse, wenn man Wahlen gewinnen will“ (ebd.: 172). Wie der neu gewählte Vorsitzende etwas später in einem Spiegel-Interview bemerkte, kehre die SPD nach ihrer vergeblichen Werbung um eine imaginäre neue Mitte zu einer bewährten strategischen Bündnislinie zurück, indem sie sich sowohl um die „klassischen sozialen Interessen von Arbeitnehmern und ihren Familien“ als auch „um das aufgeklärte und intellektuelle Bürgertum“ kümmern wolle (Gabriel 2010: 28). Diese wieder entdeckte „alte Mitte“ wurde von Gabriel als „bildungsorientiert, am sozialen Ausgleich orientiert, auch leistungsorientiert“ bezeichnet.

Diese Linie hatte eine Zeit lang Bestand, ehe die Partei im November 2014 die „arbeitende Mitte“ über eine Explorationsstudie von Infratest dimap ins Visier nahm (Embacher 2015). Wie eine nicht enden wollende Auflistung von beruflichen Trägern der arbeitenden Mitte verdeutlicht, geht es um ein beruflich inklusives, zusammengewürfeltes Konglomerat, dessen Gemeinsames sich nicht erschließt. Als Wählerzielgruppe ist die „arbeitende Mitte“ zu disparat und unbestimmt. Zudem ist neben den Arbeitslosen und Sozialleistungsempfängern auch die große Zahl von Rentnern und nicht erwerbstätigen Jungwählern ausgeschlossen.

Auf einer Vorstandsklausur im Februar 2015 wurde das Zielgruppenkonzept „arbeitende Mitte“ erstmals demoskopisch unterfüttert vorgestellt, ohne große Begeisterung auszulösen. Gabriel brachte es dann auf dem Bundesparteitag Anfang Dezember 2015 ein und erregte bei der Parteilinken Argwohn. Wie sich auf der Klausurtagung der SPD-Bundestagsfraktion in Nauen Anfang Februar 2016 zeigte, herrschen nach wie vor Verunsicherung und Unklarheit, wenn es die Frage zu beantworten gilt, welche Zielgruppenansprache einen Wählerauftrieb für die SPD herbeizuführen soll.

führen könnte. Bei „kleinen Leuten“ und ökonomisch Abgehängten taten sich Zweifel auf, ob und wie die Partei die Problemgruppen wieder erreichen könne. Diskutiert wurde, ob die Partei sich vielleicht doch mehr von der „neuen Mitte“ zu versprechen habe (Sturm 2016: 3).

Nach den – mit Ausnahme von Rheinland-Pfalz – desaströsen Landtagswahlergebnissen im März 2016 läutete Gabriel erneut eine Wende ein und fand in seiner Rede auf der „Wertekonferenz Gerechtigkeit“ Anfang Mai 2016 zurück zur sozialen Gleichheits- und Verteilungsfrage und bekräftigte den Schwerpunktwechsel Anfang Juni 2016 auf der Konventstagung der Partei in Berlin (Kerl 2016). Dies verband er semantisch mit dem Versuch, zwischen „links“ und „Mitte“ eine Symbiose herzustellen.

Die Volten des Ex-Parteivorsitzenden verdeutlichen die Ratlosigkeit der Partei, angesichts der erfolglosen Versuche, ihre Wählerbasis in der sogenannten gesellschaftlichen Mitte, auszubauen. Die Crux bei der Mitte-Strategie ist, dass sich die SPD damit in einem Wettbewerbsumfeld bewegt, in dem sie zahlreiche Konkurrenten aus dem Feld zu schlagen hat, die den Mitte-Wählern ebenfalls Avancen machen. Es wird den gehobenen Mittelschichtwählern auch kein überzeugendes Motiv offeriert, warum sie sich angesprochen fühlen sollten, sich in die Vertretungsohne der SPD zu begeben. Bedrückt sie doch kein Vertretungsdefizit, das speziell die SPD und nicht CDU/CSU, die FDP oder die Grünen zu schließen vermögen. Und obendrein ist die Mittelschicht in ihrer Berufsstruktur, ihren Beschäftigungsfeldern und Tätigkeitsbereichen sowie dem sozialen Status so heterogen, dass ihre politische Selbsteinschätzung und ihre Präferenzen stark differieren. Hinzu kommt, dass „Mitte“ die untere Mittelschicht einschließt, die den Abbau ihres Wohlstands und den Abstieg in prekäre Beschäftigungsverhältnisse fürchtet. Nicht zu vergessen, die strategisch wichtigen 30 Prozent unter der arbeitenden Bevölkerung, die sich der Arbeiterschicht zurechnen. Diese breite soziale Streuung potenziell SPD-affiner Zielgruppen macht es wenig aussichtsreich, sie allesamt über einen Kamm der solidarischen oder arbeitenden Mitte scheren zu wollen. Vor diesem Hintergrund wendet sich Martin Schulz an die „hart arbeitenden Menschen“. Es geht ihm dabei nicht um das abgehängte gesellschaftliche Souterrain, sondern um die Angehörigen der unteren und mittleren Mittelschicht, die mit höheren Gehältern, Steuerentlastungen, kostenloser Bildung bis hin zum bezahlbaren Wohnen konkret begünstigt werden sollen.

4.4 Die SPD in der strategischen Falle

Was ihr Selbstverständnis, ihre Zielgruppenausrichtung und ihre Kursbestimmung betrifft, laboriert die SPD noch immer an der Erblast der Schröder-Ära. Die Jahre lasten schwer auf der Partei und führen zu strategischen Lähmungen und Selbstblockaden. Deshalb sind Fragen, wie sich die SPD positionieren und welche Marschrichtung sie einschlagen soll, nicht von den Möglichkeiten und Aussichten auf ein Comeback bestimmt, sondern vorrangig davon, was sie für die Aufbereitung der Schröder-Ära bedeuten. Diese Auseinandersetzung reicht bis in die Tiefen der SPD als Programmpartei (Decker 2015: 166 f.) und führt zu der Frage, was bei der Fortentwicklung der politischen Linie gegen den unveräußerlichen Programmkern der Parteiidentität verstößt und welche Anpassungen zum Gewinn von Wählermehrheiten und Regierungsämtern zulässig sind.

In ihrer Haltung zur Agenda-Politik unterscheidet der erfahrene Wahlkampfexperte und ehemalige Bundesgeschäftsführer unter Franz Müntefering, Kajo Wasserhövel, zwei Denkschulen. Die eine will das vermeintliche Desaster der Agenda 2010 durch „konsequent linke Politik mit Blick auf die Interessen der abhängig Beschäftigten, der Rentnerinnen und Rentner, der allein Erziehenden und progressiven Gruppen“ wieder heilen, um den Vertrauensverlust aus der Welt zu schaffen (Wasserhövel 2016). Die andere Denkschule führt das Wählertief auf die innere „Zerstrittenheit, der mangelnden Bereitschaft, die eigenen Erfolge – auch die Agenda 2010 – selbstbewusst und professionell zu vertreten und dafür zu werben“ zurück. Exemplarisch für diese Linie setzt sich Malte Ristau-Winkler für die Wiederbelebung des neuen Mittekurses im „Zentrum der Gesellschaft“ ein (2015: 18), die der SPD 30 Prozent und mehr Stimmenanteile einbringen könnte. Erfolg brächte der SPD ein, wenn sie dabei das „fortschrittliche Bürgertum“ sowie die moderne Industriearbeiterschaft ins Visier nähme. Wenn dagegen die Parteilinke versuche, die SPD nach links zu verschieben, reduziere sie die Partei auf das Thema „soziale Gerechtigkeit“ und entferne sie von dem Anspruch, „Volkspartei zu sein“ (ebd.).

Die Spannungen zwischen den beiden Denkschulen wuchsen mit dem Wiederaufguss der nunmehr als „arbeitend“ bezeichneten neuen Mitte durch Sigmar Gabriel und entluden sich Mitte 2015 mit der Vorlage eines von Gabriel initiierten und vom SPD-Vorstand beschlossenen

Impulspapiers „Starke Ideen für Deutschland 2025“ (SPD-Vorstand 2015), das die Diskussionsgrundlage für den Perspektivkongress im Oktober 2015 war. Das Papier beschreibt die gewandelten gesellschaftlichen Verhältnisse und Herausforderungen und die daraus resultierenden politischen Konsequenzen für die SPD. Es bezieht im Denkschulenstreit klare Position, indem es „Schröders Reformpolitik“ auf eine Stufe mit Willy Brandts Ostpolitik stellt (ebd.: 17). Das Papier betrachtet die Schröder-Politik als Beleg für die „Kernkompetenz der SPD, unser Land mit klugen Veränderungsprozessen immer wieder auf die Höhe der Zeit zu bringen“ (ebd.). Nicht nur die „Adelung“ Schröders, sondern auch die SPD für die innere Sicherheit, gegen Steuererhöhungen und den Patriotismus und die Nation als „Bindekraft für weite Teile der Bevölkerung“ und als „identitätsstiftendes Element“ zu vereinnahmen, rief die Partei linke auf den Plan. In einem von Ralf Stegner, Matthias Miersch und Johanna Uekermann verfassten Papier vom September 2015 „Morgen gut leben – zehn Thesen für eine gerechte Gesellschaft“ (dies. 2015) macht sie gegen diese Ausrichtung als „Irrweg“ Front. Die durch die Agenda-Politik abgesprungenen Wähler ließen sich nur durch ein Festhalten am Gerechtigkeitsthema als „Kernkompetenz der Sozialdemokratie“ zurückgewinnen. Umzusetzen sei dies durch eine andere Verteilung von Einkommen und Vermögen, Förderung der Familie, chancengleiche Bildungspolitik, Schutz vor Altersarmut, Einführung der Bürgerversicherung für Krankheit und Pflege, gesunde Lebensmittel und bezahlbare Energieversorgung, Lockerung der Schuldenbremse und Besteuerung von Spitzeneinkommen, Vermögen, Erbschaften und Kapitalerträgen, Stärkung des Friedens und der Entspannungspolitik, Eintreten für Flüchtlinge und eine offene Gesellschaft. Abschließend wird die Wiederbelebung von „Mehr Demokratie wagen“ gefordert.

Wie sehr mit dieser nicht wirklich umwälzenden Gegenposition das Heil in einer diametral entgegengesetzten Richtungskorrektur gesehen wird, macht die streitbare Sprecherin des Linken Forums, Hilde Mattheis, deutlich. Ihrer Ansicht nach gehe es darum, die erneute Hinwendung der SPD zur Mitte zu verhindern und stattdessen eine „Re-Sozialdemokratisierung“ der Partei herbeizuführen (Mattheis 2015).

Die beiden Denkschulen haben die SPD in eine Lage manövriert, die sie strategisch lähmt und in ihrer Entweder-oder-Blockade daran hindert, sich auf ihre volksparteilichen Sammlungs- und Integrationsgrundlagen zu besinnen. Dafür müssten beide Seiten ihren Grabenkrieg beenden,

bei dem sie sich misstrauisch und wachsam belauern. Die Modernisierer wollen allerdings nicht wahrhaben, dass der Zielgruppenaustausch, der unter Gerhard Schröders „Dritte Weg“-Strategie hin zu neuen Mitte vorgenommen wurde, nicht nur die klassische Arbeiter- und „kleine Leute“-Wählerschaft von der Partei entfremdet hat, sondern mit dem Absturz 2009 und 2013 auch keinerlei Geländegewinn in der Neue-Mitte-Wählerschaft erzielt werden konnte. Die Prominenten dieser gescheiterten Strategie halten unverdrossen an ihrer Linie fest und betreiben eine Wiederauflage. Ob eine Mitte-links-Partei wie die SPD, die ihren Wählerrückhalt zur Hälfte im Linksbereich findet, damit erfolgreich sein wird, darf bezweifelt werden. Nicht zu vergessen, geht es um ein Wähler-Terrain, das überfüllt ist. Die Wettbewerbsintensität ist hoch, buhlen doch schon CDU/CSU, Grüne und FDP um diese Zielgruppe. Die SPD muss also erst mal der Konkurrenz die „Mitte“-Wählerschaft abspenstig machen.

Dagegen setzen die überwiegend der Parteilinken zuzurechnenden Traditionalisten auf ein Zielgruppen-Relaunch, mit dem die verloren gegangenen Stammwähler aus dem unteren Mittelschichten- und Arbeiterbereich der SPD wieder zurückgewonnen werden sollen. Hierzu müsste die Partei ihr verblasstes Profil einer fürsorglichen Sozialstaatspartei wieder schärfen und konsequent die Interessenrepräsentation für die „kleinen Leute“ übernehmen. Die Crux dieser Strategie besteht in der Unsicherheit, ob die von der Schröder-SPD abgestoßene Wählerschaft nach ihrer Hinwendung zur Linken, dem Abdriften in das Nichtwählerlager und zur AfD zurückzugewinnen ist. Nach dem weitgehend erfolglosen Gerechtigkeitswahlkampf von 2013, der sich hauptsächlich an die SPD-affinen Wähler im Wartestand richtete, bleibt offen, wie sich der tiefergehende Bruch mit der sezessierten Stammwählerklientel wieder kitten lassen soll.

Kurzum: Fraglich ist, ob die SPD bei ihrem Zielgruppenstreit aus ihrem Schlamassel herausfinden wird (Jun 2013: 394). Verdeckt doch das Zielgruppen- und Richtungsgezerre eine grundlegenden Erfahrung der Partei, nur dann bei Wahlen zu reüssieren, wenn es ihr glückt, im „Spagat“ eine übergreifende Wählerkoalition zwischen Arbeiter- und Mittelschicht zu schmieden (Leif und Raschke 1994: 90 f.).

4.5 Das strategische Standort-Dilemma der SPD im Zeichen der Flüchtlingskrise

Das Problem, Wähler halten zu müssen, stellt sich für die SPD nicht nur infolge ihrer Agenda-Politik. Die Flüchtlingskrise hat zu einem neuen Riss in ihrer Wählerschaft geführt, der mit der weiteren Abwanderung von Stammwählern einhergeht. Strategisch wird das Problem virulent, dass es nicht nur sozio-ökonomische Erosions- und Spaltungsprozesse sind, die Organisation und Stabilisierung eines Mitte-Unten-/Mitte-Oben-Wählerbündnisses erschweren. Es gibt zudem einen ausgeprägten Wertekonflikt und die SPD schneidet sich ins eigene Fleisch, wenn sie Teile ihres Wählerklientels vor den Kopf stößt. Wie spätestens an der Flüchtlingskrise ersichtlich, gibt es in der sozialdemokratisch-affinen Wählerschaft einen Kulturkonflikt, der sie in zwei Lager aufspaltet. Der deutsch-amerikanische Parteienforscher Herbert Kitschelt arbeitete Mitte der 1990er Jahre als einer der ersten die neue soziokulturelle Konfliktlinie heraus, die er terminologisch auf das Werte-Gegensatzpaar „Libertarismus“ versus „Autoritarismus“ brachte (Kitschelt 1994). Dabei wies er auf sozio-ökonomisch links stehende Stammwähler der sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien hin, die sich soziokulturell in Konfrontation mit bedrohlichen Globalisierungs- und gesellschaftlichen Modernisierungsprozessen auf die Seite des autoritären Lagers schlagen würden. In der Folge spaltete sich die sozialdemokratische Wählerschaft in gehobene Mittelschicht-Statusgruppen mit libertären Weltoffenheits-, Toleranz- sowie Minderheitenschutzhaltungen und jene aus der Unterschicht und aus dem Arbeitermilieu, die autoritären Werten wie Pflege der eigenen Kultur, Ethnozentrismus und Begrenzung des Zuzugs von Ausländern zuneigten. Eine Warnung für linke Parteien stellt die von Kitschelt herausgearbeitete Tatsache dar, dass Anhänger libertärer Werthaltungen vor allem in den oberen Bildungs- und Statusschichten vertreten sind, während die Anhänger autoritärer Haltungen im kleinstädtischen und unqualifizierten Arbeiterbereich zu finden seien (1994: 26 f.). Die massive Abwanderung von ökonomisch bedrohten und abgehangenen Linkswählern zu den aufsteigen- den rechtspopulistischen Parteien in Europa bestätigt, was Kitschelt bereits vor über 20 Jahren prognostizierte.

Die neue soziokulturelle Spannungslinie ist in gesellschaftlichen Modernisierungsprozessen wie Wertewandel und Individualisierung begründet, die über die Grünen in das Parteiensystem transferiert wurden. Ausgelöst werden Spannungen mit anderen Gesellschaftsgruppen, die der herge-

brachten Wertekultur verhaftet sind und sich dem Modernisierungssog entziehen (Wiesendahl 2016: 544). Daraus erwuchs ein neuartiger Wertekonflikt, ohne eindeutige soziale Milieuverankerung: Er brachte auf der einen Seite ein libertäres Lager hervor, mit einer Präferenz für individuelle Selbstverwirklichung und Freizügigkeit, Weltoffenheit, Gleichstellung der Geschlechter und Stärkung von Minderheiten. Demgegenüber positionierte sich ein autoritäres Lager, das traditionelle Familienwerte, Gemeinschaft und Tradition sowie nationale Identität und Anpassungswerte hochhält.

Die kulturelle Spannung hat sich schon einmal, während der ersten Flüchtlingskrise und der Asyldebatte zu Beginn der 1990er, politisch gegen die SPD entladen, als regional bis zu 20 Prozent Arbeiter die Republikaner wählten (Walter 1995: 93, Leif und Raschke 1994: 111 ff.). Bei den Frühjahrs-Landtagswahlen 2016, wurde die SPD in Baden-Württemberg und Sachsen-Anhalt von der AfD im Stimmenanteil bei Arbeitern überrundet. Fast jeder zehnte, der zuvor der SPD wählte, hat sich bei diesen Landtagswahlen für die AfD entschieden (Niedermayer und Hofrichter 2016: 275).

Die Crux dieser Entwicklung liegt darin, dass die SPD-Wählerschaft mental und vom kulturellen Habitus im Ungleichzeitigen lebt. In der Gegenwart leben Reste von Arbeiter- und Handwerkermentalität fort, mit kultureller Empfänglichkeit für Ab- und Ausgrenzung, Überfremdungsängste, Sozialchauvinismus und Ethnozentrismus. Das kulturelle Abdriften sozialdemokratischer Wählerkreise im unteren Mittelschicht- und Arbeiterbereich ins Autoritäre ist von höchster Brisanz, weil in West- und Nordeuropa rechtspopulistische Parteien gerade im Kleinbürger- und Arbeitermilieu zulasten sozialdemokratischer Parteien große Wahlerfolge erzielen. Anders als die linksliberale bildungsbürgerliche SPD-Wählerschaft betrachtet ein gewichtiger Teil der prekarierten und ökonomisch abgehängten SPD-Wählerschaft Zuwanderung als Bedrohung ihrer beruflichen und ökonomischen Existenz und mental als einen angstmachenden Prozess kultureller Überfremdung. Die Verbreitung fremdenfeindlicher, ethnozentristischer, antiislamischer und sozialchauvinistischer Einstellungen in Teilen der sozialdemokratischen Wählerschaft dient der AfD und generell rechtspopulistischen Parteien als Ansatzpunkt, diese Gruppen zu gewinnen. Die Mitgliedschaft der SPD hat sich jedoch mit ihrer Vermittelschichtung in Richtung des linksliberal denkenden progressiven Bildungsbürgertums verlagert, dem libertäre und kosmopolitische Gesinnungen zu eigen sind (Spier 2011: 133). Zudem setzt die SPD in ihrer humanitären, weltoffe-

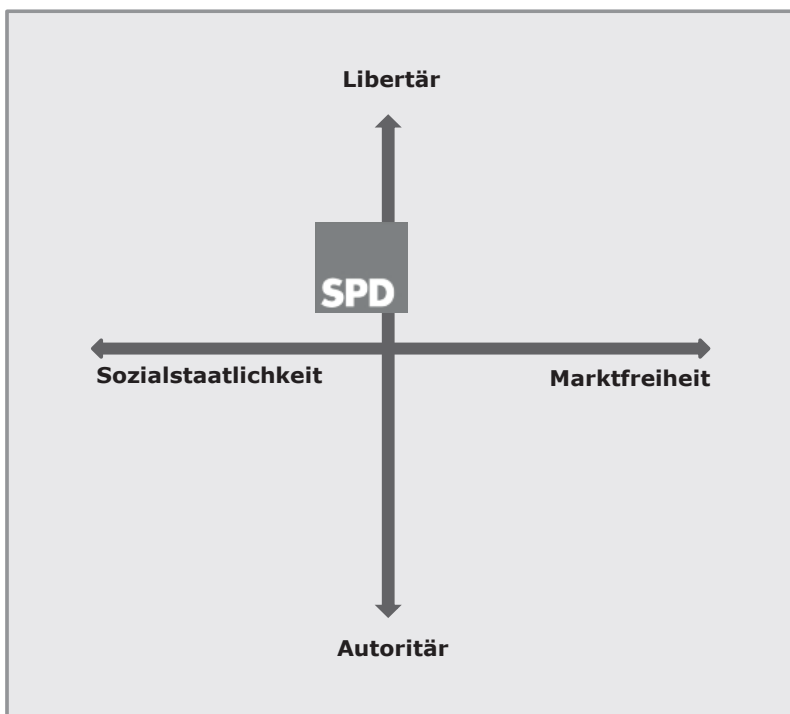
nen Flüchtlingspolitik auf eine Wählerklientel, die bessergestellten, bildungsbürgerlichen Kreisen angehört und Quartiere bewohnt, die von sozialen Brennpunkten weit entfernt sind. Sie identifizieren sich mit dem Kurs der SPD, sehen sich aber im Zweifelsfall von den noch stärker authentisch ausgewiesenen Grünen oder den Linken besser vertreten. Dagegen empfinden sich Arbeiter- und untere Mittelschichtwähler – in Konkurrenz um Arbeit und bezahlbaren Wohnraum – durch Flüchtlinge bedroht und stoßen sich an der angeblichen staatlichen Rundumversorgung der Migranten. Von der Pro-Flüchtlingspartei SPD fühlen sie sich nicht mehr vertreten.

Vor diesem für die SPD prekären Hintergrund sendet sie an ihre Wählerklientel widersprüchliche Signale. So stellte sich Martin Schulz in einem Spiegel-Interview (Schulz 2017: 28) „aus innerer Überzeugung“ vorbehaltlos hinter die humanitäre Flüchtlingspolitik der Kanzlerin und fand „es jedenfalls gut, dass Deutschland in der Flüchtlingskrise seine humanitäre Verpflichtung erfüllt hat“. In den Flüchtlingen, die nach Europa kommen, sieht er „Menschen, die vor Krieg, Hass, Gewalt und Unrechtssystemen fliehen“ und die den „Traum von Europa, einer Region von Freiheit und Frieden, von Sicherheit, Recht, Demokratie, von Toleranz und gegenseitigem Respekt“ anhängen würden (ebd.: 29). Mit dieser an die Hochphase der Willkommenskultur erinnernde gesinnungsethische Pro-Flüchtlings-Emphase fällt Schulz weit hinter die konkrete flüchtlingspolitische Abschreckungs- und Begrenzungs politik der SPD zurück, die sich, so jedenfalls der SPD-Fraktionsvorsitzende Thomas Oppermann in einem Pressebeitrag (Oppermann 2017), für prompte Asylverfahren, rasche Rückführungen und zur Abschreckung afrikanischer Migranten für Aufnahmelager in nordafrikanischen Ländern außerhalb Europas stark macht. Dieser Vorstoß wurde prompt vom Noch-Vorsitzenden Sigmar Gabriel widersprochen, ohne dass ersichtlich wurde, für welche Linie die SPD steht. Hierzu zählt auch die im Unklaren belassene Position der Partei bei der Frage der Rückführung und Abschiebung von Migranten mit und ohne Duldungsstatus.

So hat sich die SPD zu Beginn des Jahres 2017 im zweidimensionalen Werteraum (Abbildung 7) in eine Lage manövriert, die ihren politischen Standort auf der horizontalen Konfliktlinie Sozialstaat versus Marktfreiheit mehr nach rechts und auf der vertikalen Konfliktlinie Libertarismus versus Autoritarismus mehr nach oben verschoben hat. Da es sich dabei um einen Standortwettbewerb der Parteien untereinander handelt, hat

sich die SPD durch die Agenda 2010 mehr in Richtung von CDU/CSU und FDP bewegt. In der Flüchtlingspolitik nimmt sie eher libertäre Positionen ein, die dem Markenkern der Grünen näher kommen. Beide Richtungsveränderungen bringen die SPD gegenüber ihren Mitbewerbern in eine Unschärferelation, die die Frage nach ihrem Alleinstellungsprofil aufwirft. Für wen die SPD als Mitte-Links-Partei und Repräsentationsinstanz von Gruppeninteressen noch steht, wird vernebelt. Wähler halten konnte die Partei bis vor kurzem nicht. Abtrünnige zurückzuholen, gelang ebenso wenig, wie neue Wähler zu gewinnen. Es wird sich zeigen, ob der jüngst vom neuen Hoffnungsträger der SPD, Martin Schulz, ausgelöste Stimmungsumschwung bis zum 24. September 2017 anhält und die ungelösten strategischen Standort- und Ausrichtungsprobleme der Partei zu überlagern vermag.

Abbildung 7: Die Position der SPD im zweidimensionalen Werteraum



4.6 Machtoptionen und Koalitionsstrategien der SPD für 2017

Aus ihrer Juniorpartnerschaft in der Großen Koalition mit der Union hat die SPD keine elektoralen Vorteile gezogen. Sie scheint willens zu sein, das Bündnis im Herbst 2017 aufzukündigen und nach einer Machtoption jenseits der Union zu suchen. Nicht auszuschließen ist, dass sie als stärkste Partei aus den Wahlen hervorgeht. Es sind impulsive Umorientierungen in der Wählerschaft im Gang, die einen sich verfestigenden Stimmungsumschwung hin zur SPD bewirken könnten. Da die SPD nicht sicher sein kann, in der Rolle der Frontrunner-Partei die CDU/CSU zu überrunden, wird sie versuchen, die Union von der Regierung abzulösen. Gelingt ihr das, erhebt sie den Anspruch auf Leadership, also Kanzlerpartei zu werden. Dafür muss sie aber eine mehrheitsfähige Parteienkoalition schmieden.

Wahlarithmetisch wäre eine rot-rot-grüne Parteienkoalition nur mit einer deutlich gestärkten SPD und gleichzeitig nicht geschwächten Grünen und Linken denkbar. Und auch CDU und CSU müssen bis zum Herbst 2017 deutlich zulegen, um an eine schwarz-grüne oder sogar schwarz-gelbe Zweierkoalition heranzukommen. Ob es ihnen glückt, hängt maßgeblich vom Abschneiden der AfD ab, die solche Regierungsbündnisse durchkreuzen könnte. Für die SPD stellt sich dann das Problem eines Dreiparteienbündnisses umso mehr, weil nur auf dieser Basis eine arithmetische Mehrheit zustande kommt. Noch einmal auf eine rot-grüne Koalition zu setzen, die bereits 2005, 2009 und 2013 keine Wählermehrheit auf sich vereinen konnte, ist angesichts eines zu erwartenden Sechsparteien-Bundestags ausgeschlossen.

Mit einem Sechsparteien-Parlament sind die Zeiten von lagergebundenen Koalitionsbildungen wie Schwarz-Gelb oder Rot-Grün Vergangenheit. Im Gegenteil: Die um Regierungsbeteiligung kämpfenden Parteien müssen die klassischen Lagergrenzen einreißen, um ihre Chance auf eine Machtoption nicht zu verspielen. Daraus folgt für alle Parteien, von der bisherigen Praxis der Koalitionsaussage abzurücken. Die Strategie der Koalitionsflexibilisierung verlangt die „Entlagerung“ der Parteien, die mit Ausnahme der Linken, ihr Heil in dieser Linie suchen werden. Die Zeit der Lagerwahlkämpfe ist vorbei. Die Wettbewerbslogik zwingt die Parteien, von Differenz auf Konvergenz umzuschalten, um Lagerkoalitionen in thematische Schnittmengenkoalitionen zu überführen.

Schon um mögliche Machtchancen zu wahren, muss die SPD bei ihren koalitionspolitischen Manövern zweierlei ins Kalkül ziehen. An einem schwarz-grünen Bündnis, was sie für womöglich lange Zeit auf Bundesebene von einer Regierungsbeteiligung oder von einer von ihr angeführten Koalition ausschließt, kann ihr nicht gelegen sein. Nun stehen einer schwarz-grünen Koalition nicht nur Widerstände der CSU, sondern auch konservativer Stammwähler der Union entgegen. Auch die Wähler von Bündnis 90/Die Grünen sind in ihrer Präferenz für Schwarz-Grün gespalten. Zudem müssten CDU und CSU ihre heutigen Umfragewerte steigern, um eine Mehrheit für eine schwarz-grüne Regierungskoalition zu erreichen. Für Abwerbeversuche ist von der SPD zu bedenken, dass die grüne Wählerschaft im Verhältnis vier zu zehn einem rot-rot-grünen Bündnis zugeneigt ist, während sechs von zehn Schwarz-Grün präferieren würden (Wilhelmy 2015: 11).

Wenn aber Rot-Grün 2017 wegen fehlender Mehrheiten nicht zustande kommt und wenn Rot-Grün-Gelb auch ausfällt, bleibt als realistische Machtoption nur Rot-Rot-Grün. Für diese Variante müsste die SPD indes deutlich über 30 Prozent der Stimmen erhalten. Zudem wären bei Sozialdemokraten, Grünen und Linken politische Unverträglichkeiten und innerparteiliche Widerstände zu überwinden, um der linken Lagerkoalition eine Verwirklichungschance einzuräumen. Darüber hinaus sind die möglichen Wählerreaktionen zu berücksichtigen, die über den Verlust und Zugewinn an Stimmen nicht nur bei der SPD, sondern auch bei Grünen und Linken entscheiden. Bekanntlich sind die gegenwärtigen Sympathien für Rot-Rot-Grün unter der Wählerschaft sehr begrenzt, während der Großen Koalition oder, weniger ausgeprägt, Schwarz-Grün der Vorzug gegeben werden würde.

Das Ende von Koalitionswahlkämpfen schließt für die SPD nicht aus, unterschiedliche Bündniskonstellationen in Betracht zu ziehen. Bei den Landtagswahlen 2016 hat sie diverse Koalitionskonstellationen durchgespielt, jedoch ohne verallgemeinerungsfähige Lehren. So zielte sie in Baden-Württemberg auf die Fortführung von Grün-Rot, wollte aber den grünen Ministerpräsidenten Kretschmann durch ihren eigenen Spitzenmann Nils Schmid ersetzen. Sie stürzte auf 12,6 Prozent (-10,0) ab und landete in der Opposition. In Sachsen-Anhalt legte sie sich auf einen Regierungswechsel von Schwarz-Rot auf Rot-Rot-Grün mit Hinnahme eines linken Ministerpräsidenten fest, was von der Wählerschaft mit 12,5 Prozent (-5,6) Stimmenanteil abgestraft wurde. In Rheinland-Pfalz propagierte

die SPD die Fortsetzung von Rot-Grün, was Malu Dreyer mit einer rot-grün-gelben Koalition zur erfolgreichen Wiederwahl als Ministerpräsidentin verhalf. In Mecklenburg-Vorpommern dagegen hielt die SPD die Frage offen, ob sie die Große Koalition mit der CDU fortsetzt oder ein Regierungsbündnis mit der Linken eingeht. Der SPD-Ministerpräsident Erwin Sellering wurde im Amt bestätigt und setzte die Große Koalition mit der CDU fort. Schließlich entschied sich die Berliner SPD unter Michael Müller noch für die Variante der Aufkündigung der Großen Koalition, wobei sie sich vorab mit einer Koalitionsaussage auf Rot-Rot-Grün unter Führung von Müller festlegte. Die Koalition kam zustande, allerdings mit mageren 21,6 (-6,5) Prozent für die SPD.

Aus den Erfahrungen der Landtagswahlen drängt sich für die Bundestagswahl 2017 kein Königsweg auf, außer dass es gilt, sich keinen Chancen zu verschließen und Risiken zu meiden – was auf ein Offenhalten der Koalitionsaussage hinausläuft. Dies heißt aber nicht, der Wählerschaft keine Signale über nicht auszuschließende Koalitionsoptionen zu senden, um im Spiel um die Macht nicht ausgebootet zu werden. Verbindliche Koalitionsfestlegungen gilt es zu meiden. Bei einer öffentlichen Koalitionspräferenz etwa für Rot-Rot-Grün sind die enormen Nachteile zu bedenken, die ein damit ausgelöster Lagerwahlkampf an Stimmverlusten einbringen könnte. In Anbetracht der gespaltenen Haltung der Grünen und der Linken gegenüber der rot-rot-grünen Koalitionskonstellation wird sich die SPD-Partei spitze hüten, in einen rot-rot-grünen Wahlkampf zu gehen. Zudem würde der Union die Möglichkeit eines Lagerwahlkampfs zugespielt, in dessen Folge die Union wiederum aufzeigen müsste, mit wem sie eine Koalitionsmehrheit zu schmieden beabsichtigt.

Bei allen Koalitionsüberlegungen tun sich angesichts der wachsenden Volatilität der Wähler unabwägbare Risiken auf, die zu einem weiteren Abfluss von Wählerstimmen in das eine oder andere Lager führen könnten. Dies umso mehr, je gespaltenere die Wählerschaft der Parteien in ihrer Koalitionspräferenz ist. Nicht von Vorteil für die SPD wäre die Strategie, die Union erklärtermaßen von der Regierung ablösen zu wollen. Die besten Machtoptionen und Koalitionsmöglichkeiten hätte sie, wenn sie sich darauf beschränkte, unter ihrer Führung eine eigene Regierungsmehrheit herbeiführen zu wollen. Strategisch würde sie sich damit der Linie der anderen anpassen: Union, FDP, Grüne und selbst Die Linke werden ihre Unabhängigkeit in der Koalitionsfrage betonen und zugleich keine Koalitionslösungen ausdrücklich ausschließen. Rücksichtnahme einem potentiell-

len Koalitionspartner gegenüber wäre allerdings fehl am Platz. Die SPD muss sogar offensiv um Wähler etwa der Grünen mit dem Hinweis werben, dass nur so Schwarz-Grün verhindert werden könne. Die Konsequenz, die der SPD aus dieser unübersichtlichen und ihrer Kontrolle weitgehend entzogenen Lage zu ziehen bleibt, ist, Koalitionsalternativen öffentlich in Erwägung zu ziehen, ohne sich auf eine Variante festzulegen.

Aus Sicht der Parteispitze wäre es opportun, den Anhängern eines rot-rot-grünen Linksbündnisses in der Wählerschaft zu signalisieren, dass man unter Umständen für ein solches Bündnis bereit wäre. Gabriel war es schließlich selbst, der mit einem Beitrag im Spiegel im Juni 2016 (Gabriel 2016) den Startschuss für rot-rot-grüne Annäherungsgespräche gab und solch ein Bündnis als Zusammenschluss aller „progressiven Kräfte“ im „Kampf gegen eine neue radikale Rechte“ zu legitimieren versuchte. Am 18. Oktober 2016 trafen sich im SPD-Fraktionssaal des Bundestages über 100 Parlamentarier und Spitzenleute der drei Parteien, deren Begegnung Gabriel, gemeinsam mit seiner Generalsekretärin, durch einen Kurzbesuch aufwertete (Kerl und Gaugele 2016: 5). Um diese Sondierungsaktion innerparteilich abzusichern, hat der SPD-Fraktionsvorsitzende Oppermann bemerkenswerterweise die Kontaktaufnahmen ausdrücklich legitimiert. Aus SPD-Sicht werden mit solchen Treffen nicht zuletzt Wählern der Linken und der Grünen Avancen gemacht, ihre Stimme der SPD zu geben, um Rot-Rot-Grün zu ermöglichen bzw. um Schwarz-Grün zu verhindern.

In den rot-rot-grünen Bündnissondierungen liegt auch für die CDU/CSU ein Risiko, das schwerer wiegt als eine Neuauflage eines gegen die „Linksfront“ gerichteten Lagerwahlkampfs. Die Verbindungen zu den Grünen müssten nämlich bei einer Lagerpolarisierung gekappt werden. So betrachtet kann weder den Grünen noch der Union an einer rot-rot-grünen Koalitionsdebatte gelegen sein. Der von Gabriel eröffnete und von Martin Schulz nicht zurückgenommene Schachzug zwingt beim Koalitionsbildungsgeplänkel wohl oder übel beide Parteien dazu, ihre Linie der Koalitionsoffenheit beizubehalten, was der SPD mit dem Slogan, „Wer Rot-Rot-Grün will, muss SPD wählen“, Stimmenzuwächse bringen könnte. Wie 2017 die Würfel fallen, ist nicht vorhersehbar. Je nach Abschneiden der AfD und der FDP könnten Rot-Rot-Grün, Schwarz-Grün, Schwarz-Gelb oder einer andere auf Bundesebene bislang unerprobte Konstellation eine Mehrheit finden. Falls sich Schulz' Anspruch, die SPD zur stärksten Partei zu machen, realisieren ließe, könnte sie sich die Koalition aussuchen.

4.7 Markenkern und Profilschärfung der SPD im Wahljahr 2017

Die SPD muss sich im Parteienwettbewerb so ausrichten, dass sie ihren Markenkern durch Profilbildung zur Geltung bringen kann und der Wählerschaft ein attraktives Themenportfolio anbietet. Wie das gelingt, ist davon abhängig, ob man den Wahlkampfschwerpunkt auf die Stabilisierung des Wählerstamms ausrichten will, abgewanderte Wähler zurückgewinnen oder die Wählerbasis durch eine Expansionsstrategie, also dem Gewinn neuer Wähler, verbreitern möchte. Mit der „arbeitenden Mitte“ verfolgte die SPD bis Frühjahr 2016 eine Expansionsstrategie, um nach den Landtagswahlverlusten auf eine Stabilisierungsstrategie umzuschalten. Mit den „hart arbeitenden Menschen“ von Martin Schulz geht es sowohl um Restituierung als auch Erweiterung der Wählerbasis. Die Rückgewinnungsstrategie kann die SPD nicht aufgeben, was sie aber auch in ein strategisches Dilemma führt: Um verloren gegangene Wähler aus der Traditionswählerschaft zurückzugewinnen, müsste sie einen linken, polarisierenden Profilierungswahlkampf führen, der durchaus Mobilisierungseffekte auslösen könnte. Um aber gehobene Mittelschicht-Wähler hinzuzugewinnen, darf sie die Links-Rechts-Konfliktlinie nur zurückhaltend ausspielen, da sie diese Zielgruppe sonst in die Arme der CDU/CSU, FDP oder auch Grünen treiben könnte.

Beim Eintritt in die Große Koalition ging die SPD von der Vorstellung aus, durch „gutes Regieren“ Kompetenz sammeln und bei den nächsten Bundestagswahlen in Wählerstimmen ummünzen zu können. Die Intention war, neben der Kompetenzführerschaft auf dem Gebiet der „sozialen Gerechtigkeit“, ein weiteres Thema zu besetzen. Die SPD ist eine Arbeitnehmerpartei, die mittels ihres Markenkerns „soziale Gerechtigkeit“ einen festen Platz im Parteienwettbewerbsgefüge hat. Es ist und bleibt ihr in Wählerstimmen konvertierbares politisches Kapital, wenngleich die Linke ihr das Alleinstellungsmerkmal streitig macht.

Die Partei weiß, dass sie als Volkspartei schwerlich für breitere und heterogene Wählerkreise anziehend ist, wenn sie ausschließlich über das Branding „Partei für das Soziale“ und „Anwältin für die zu kurz gekommenen“ wahrgenommen wird. Unter anderem deshalb hat Gabriel 2013 als SPD-Vorsitzender neben dem Arbeits- und Außenministerium auch das Wirtschaftsressort für die Partei beansprucht. Ein Gewinn an Wirtschaftskompetenz sollte erzielt werden, um das Soziale zu arrondieren. Diese Hoffnungen erfüllten sich nicht. Misslich war, dass die beeindruckende

ckende Erfolgsbilanz – schrumpfende Arbeitslosigkeit, hoher Beschäftigungsstand, Exportrekorde, Anstieg von Löhnen und Gehältern, hohe individuelle Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger mit ihrer wirtschaftlichen Lage – weder die Werte für die Wirtschaftskompetenz der Partei noch ihre Wählerpopularität nach oben trieb. Das Bestreben Sigmar Gabriels als ehemaliger Wirtschaftsminister, durch wirtschaftsfreundliche Politik das ökonomische Leistungsprofil als weiteren Markenkern hinzuzugewinnen, scheiterte. Die Entwicklung der Umfragezahlen spricht eine deutliche Sprache. So hatte die SPD in der Einschätzung, ob sie die Wirtschaft voranbringt, nach einem Kurzzeithoch 1998 von 33 Prozent bis 2009 einen Abstiegtrend zu verzeichnen, der sie auf 15 Prozent zurückwarf und bis heute anhält (Vorwahl- und Politbarometerumfragen 1998 bis 2014 der Forschungsgruppe Wahlen). Auch in der Bewertung „Schaffung von Arbeitsplätzen“ halbierte sich ihr bester Umfragewert 1998 von 42 Prozent auf 21 Prozent im Jahr 2005. Bis 2014 konnte sie die ihr zugeschriebene Kompetenz auf 23 Prozent steigern, während die CDU/CSU einen Wert von 36 Prozent erreicht (Forschungsgruppe Wahlen).

Mit dem Thema „soziale Gerechtigkeit“ versucht die SPD, sich von den Konkurrenten abzusetzen. So lag sie 1998 bei diesem Kompetenzwert mit 54 zu 20 Prozent vor der Union. Im Bundestagswahljahr 2013 betrug das Verhältnis immerhin noch 43 zu 24 Prozent (Infratest dimap: Wahlreport 2013). Nach jüngsten Politbarometerzahlen der Forschungsgruppe Wahlen vom 17.02.2017 sind unter dem Einfluss von Martin Schulz die Kompetenzwerte der SPD wieder von 29 auf 48 Prozent hochgeschossen. Vor diesem Hintergrund erscheint die Strategie verbaut, sich als unternehmensfreundliche, den Wirtschaftsmotor auf hohe Schlagzahlen bringende Partei zu profilieren, um Wähler im Grenzbereich von CDU/CSU und FDP anzusprechen. So beansprucht die „Partei der sozialen Gerechtigkeit“ weiterhin Meriten für die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen. Übergangslos schließt sich dieses Politikfeld an den Wettbewerb um eine soziale Mehrheit in der Wählerschaft an, in dem die Partei ihre traditionelle Kompetenzüberlegenheit zur Geltung bringen kann. Deshalb stellt Martin Schulz seine angestrebte Kanzlerschaft unter das Motto, dass es in Deutschland gerechter zugehen soll.

Dafür, dass die SPD verstärkt auf den Markenkern der Sozialkompetenz setzt, sprechen Einstellungsmuster in Deutschland. Nach Erkenntnissen des IfD Allensbach steht die SPD für Mindestlöhne (68 Prozent), soziale Gerechtigkeit (57 Prozent), Gleichberechtigung von Frauen (54 Prozent),

Verteidigung des Sozialstaat (53 Prozent) und bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf (51 Prozent) (Köcher 2016). Nur Minderheiten verbinden mit der SPD Kompetenzen wie die Wirtschaft stärken (28 Prozent), faire Steuern (27 Prozent) oder Förderung des Wirtschaftswachstums (25 Prozent) (ebd.).

Stimmengewinne erzielt die SPD indes aus einer vermeintlichen „Gerechtigkeitslücke“ noch nicht, weil der Begriff soziale Gerechtigkeit viel zu abstrakt und vieldeutig ist. Auch sind die auseinanderdriftenden Wählergruppen viel zu heterogen, um sich über einen sozialen Zusammenhaltswahlkampf für mehr soziale Umverteilung und die Kappung sozialer Privilegien einbinden zu lassen. Schulz begegnet diesem Problem mit greifbaren Ideen, die das Gerechtigkeitsgefühl der Menschen ansprechen und zur Entlastung und Erleichterung der materiellen Lebensumstände der Durchschnittsbürger beitragen sollen. So will er mehr Steuergerechtigkeit, mehr Einsatz gegen Steuerflucht und Steuervermeidung, Boni sollen begrenzt, Löhne dagegen erhöht, Leih- und Zeitarbeit zurückgedrängt werden. Bildung soll von der Kita bis zum Studium kostenlos zugänglich sein. Neben der Ankurbelung des sozialen Wohnungsbaus soll mehr in den Schul-, Kultur- und Sicherheitsbereich investiert werden. Obendrein verfügt die SPD mit ihrer jetzigen Regierungsmannschaft über Leitpersonen mit Format, die dem Gerechtigkeits-Themenportfolio der Partei Ausdruck und Ausstrahlung verleihen können. So besitzt Familienministerin Manuela Schwesig so viel familien- und frauenpolitisches Profil, um „equal pay“ und Familiengeld in das Themenprofil der SPD aufzunehmen.

Schulz greift erkennbar bekannte soziale Versprechen der SPD auf, die die Frage aufwerfen, warum sie nicht in ihren langen Regierungsjahren seit 1998 in Angriff genommen wurden. Er prangert als ungerecht empfundene Umstände wie die wachsende soziale Ungleichheit oder eine Spaltung der Gesellschaft an, die die SPD politisch mitverantwortet. Zudem wird es darauf ankommen, inwieweit im Wettstreit um die Deutungshoheit die Ungerechtigkeits- oder die Uns-geht-es-gut-Stimmung im Wahlkampf überwiegen wird. Es könnten auch die Außenpolitik, innere Sicherheit oder die Flüchtlingsfrage die Themenkonjunktur der nächsten Monate dominieren.

Der SPD liegt auf jeden Fall im Eigeninteresse an einer Verdichtung und Reduzierung ihres Themenprofils, mit dem sie bei der Wählerschaft punk-

ten will (Böll und Knaup 2016: 27). Eine Vorlage, wie dabei thematisch vorzugehen ist, wird durch den erfolgreichen Hamburger Wahlkampf 2015 von Olaf Scholz geliefert (Wiesendahl 2015).

Was sich Schulz aus dem gängigen Themenportfolio der SPD zu eigen gemacht hat, sprüht nicht gerade vor Ideenreichtum und Innovationskraft. Augenscheinlich ist der Anteil recycelter Themen und ein verkümmertes „trade-unionistisches“ politisches Gestaltungsverständnis: Die SPD im Maschinenraum der Politik, während sie die Steuermanns- und Kapitänsrolle zur Richtungsbestimmung und Kurshaltung nicht mehr substantiell auszufüllen vermag. Zur Politik-Maschinistin geworden, hat sie auch das Sinnhafte von Politik aus dem Auge verloren. Wofür die SPD steht, was ihre Handschrift ist, für wen sie eintritt, wohin sie Deutschland führen will, was sie als Alleinstellungsmerkmal unverwechselbar macht, ist nicht mehr klar erkennbar und unterscheidbar. Die SPD ist zur Partei ohne markante Eigenschaften verkümmert. Sie offeriert ihr Politikangebot technokratisch und ist sachpolitisch selbsterklärend. Sie glaubt, wenn sie bestimmte Anliegen und Forderungen in ihre Agenda aufnimmt, würde sie Öffentlichkeit und Wählerschaft beeindrucken. Dass diese Issues permanent in einen sozialdemokratischen Deutungs- und Sinnvermittlungszusammenhang einzukleiden sind, ist den Spitzenvertretern zwar bewusst, doch fehlt es an einer inspirierenden sozialdemokratischen Erzählung.

Die SPD ist eine Partei mit geschrumpfter Deutungskompetenz. Sie verfügt nicht mehr über eine die öffentliche, die Aufmerksamkeit bindende Erzählung. Sie hat sich vom Deutungsrahmen der Globalisierung narrativ einbinden lassen. Sie deckt aber nicht die damit heraufbeschworene Erwartung ab, wie die Sozialdemokratie glaubhaft gegen die Macht der international verflochtenen Banken, gegen globale Großkonzerne, gegen die Macht des internationalen Finanzkapitals, gegen den Kampf um globalen ökonomischen Einfluss einen politischen Gegenpol und Gestaltungsrahmen setzen will. Sie verfügt nicht mehr über eine Impulsgeberkapazität, mit der gesellschaftliche Debatten angestoßen und in ein sozialdemokratisches Framing eingefügt werden könnten. Zudem hat sie sich von der demoskopischen Beratungsindustrie den Glauben einflößen lassen, Politik hätte nicht mit dem ständigen Ausgleich von Interessenkonflikten und Wertegegensätzen zu tun, sondern habe den Wähler dort zu bedienen, wo ihn der Schuh drückt. Politik handele von Problemlösungen, die Parteien anbieten müssten und über die sie in der öffentlichen

Debatte und vor der Wählerschaft ihre Problemlösungskompetenz hervorkehren könnten. Damit gibt die SPD das für sie existenzielle Profil einer Interessenrepräsentationspartei auf, die sich als Anwältin für die Kollektivinteressen ihrer nahestehender Gruppen stark macht und verdeutlicht, für wen und gegen wen sie diese Interessen durchzusetzen versucht. Martin Schulz verfügt über das Potential, um besser zu vermitteln, für wen die Partei steht. Er sozialdemokratisiert sie in Richtung einer Kümmerer- und „Brot-und-Butter“-SPD. Er kann damit aber auch scheitern.

5. Schluss

Die SPD ist mit Bedingungen konfrontiert, die von ihr größte strategische Umsicht und Beweglichkeit verlangen. Noch nie war die Wählerlandschaft so im Fluss und nicht vorhersehbaren Verschiebungen ausgesetzt wie heute. Und noch nie hat sich das Wettbewerbsumfeld für die Partei dermaßen stark durch Neuanbieter und lagerübergreifende Machterwerbsalternativen ins Unberechenbare gekehrt wie gegenwärtig. Unter Bedingungen verschärfter Wettbewerbsintensität sind bestmögliche Entscheidungen für die Ausschöpfung sich bietender Machtoptionen zu treffen. Wie der mit Schulz überraschend einsetzende Aufwind für die Partei anzeigt, ist 2017 ein Jahr offener Wahlausgänge, die die SPD zurück ins Kanzleramt bringen oder auf die Oppositionsbänke verweisen könnte.

In einem Sechsparteien-Parlament gleichen Mehrheitsvorausagen einem Lotteriespiel. Aber schon jetzt scheint sicher, dass die SPD mit ihren wirtschaftspolitischen Positionen keine Mehrheit erreichen kann. Auf soziokultureller Ebene hat sie die Sprengkraft der Flüchtlingskrise unterschätzt und muss den Abfluss weiterer Wähler befürchten. Auf dem Gebiet der sozialen Gerechtigkeit hat sie noch immer die Nase vorn und könnte mit ihrem Markenkern punkten.

Angesichts der dynamischen, unübersichtlichen Lage hat es die SPD nicht, wie es manchmal heißt, selbst in der Hand, per Masterplan ihren Wählerabsturz vergessen zu machen und wieder mehrheitsfähig zu werden. Die Zeiten der XXL-Partei

sind spätestens unter den Bedingungen eines Sechsparteiensystems vorbei. Doch selbst wenn die SPD hinter der CDU/CSU erneut auf die Plätze verwiesen werden sollte, ist nicht ausgeschlossen, an der Kanzlerin-Partei vorbei eine von der SPD angeführte Regierungskoalition zu schmieden. Dafür bedarf es einer überlegenen Strategiekompetenz, die die SPD jedoch mit ihrem unausgegorenen Zielgruppenkonzept und ihrem unausgestandenen Richtungsstreit derzeit nicht aufweist. Sie ist in ihrer Strategiebildungsfähigkeit kaum über die Lage hinaus gewachsen, die sie schon vor der letzten Bundestagswahl belastete (Wiesendahl 2011a: 125 ff.). Wohin die Reise gehen soll, wie sich die SPD der Wählerschaft neu eingekleidet darbieten will, all das ist unter dem neuen Hoffnungsträger der Partei weiter klärungsbedürftig.

Was der SPD das Leben so schwer macht, ist in großen Teilen hausgemacht und verweist auf Probleme in der Programmarbeit, der innerparteilichen Führung und Willensbildung (Grunden 2012: 96). Solange es an einem Machtzentrum der Partei fehlt und zu viele Solisten ihre eigenen Wege gehen, wird es nicht glücken, ihre strategische Intelligenz zu bündeln und an einem Strang zu ziehen. Gelingt der Aufstieg aus der Wählermisere 2017 nicht, droht die Partei in einen Gemütszustand der selbstbezogenen Tristesse und haltlosen Richtungslosigkeit zu verfallen. Zukünftige Regierungsposten könnten zur Folge haben, dass die Probleme, vor denen die Partei steht, der Führungsschicht nicht genügend tief ins Fleisch schneiden, um wirklich grundlegende Reformen anzupacken. Mit dem Kapitän Martin Schulz steht der alte Tanker SPD wieder unter Dampf, nur der Aufbruch zur großen Fahrt ist nicht ersichtlich.

Die SPD braucht für ihre innerparteiliche Diskussionskultur einen lebhaften Flügelschlag, der sie in eine Richtung führen muss. Seit der Schröder-Ära wurden der innerparteiliche Zusammenhalt und die sozialdemokratische Kernidentität beschädigt. Ein Bruch, der sich seither nicht mehr hat kitten lassen. Wie Martin Schulz die Partei wieder zusammenführen will, erschließt sich gegenwärtig noch nicht.

Vor Wahlen findet die Partei immer rechtzeitig zur Gremienarbeit und in ihren Ideenwerkstätten brummt und hämmert es. Nur kommt als Politikangebot zumeist Altbekanntes und Recyceltes heraus, was niemanden vom Stuhl reißt. Für ein Wiedererstarken der SPD braucht es organisatorische Potenz und Schlagkraft, die ihr bei der Auszehrung und Überalterung der Mitgliedschaft nur noch begrenzt zur Verfügung stehen. Ein

nachhaltiger „Turnaround“ beim Niedergang als Mitgliederpartei ist trotz der von Schulz ausgelösten Eintrittswelle nicht erkennbar. Verpuffte Effekte der groß angelegten Parteireform von 2011 werden die Kampagnenfähigkeit der Partei nicht verbessern. Auch das Problem der strategischen Ausrichtung harrt einer Lösung und damit auch die Frage, mit welchem attraktiven Profil sie im Parteienwettbewerb bestehen soll. Hierüber eine Verständigung zu erzielen, ist nicht nur eine Frage des Gespürs und der Offenheit zur Kritik, sondern vor allen Dingen die der inneren Frontenüberwindung und Bereitschaft zur Veränderung.

LITERATUR- UND QUELLENVERZEICHNIS

- Bannas, Günter (2015): „Die einsame Seite der Macht“, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 17. Dezember 2015, S. 4.
- Böll, Sven und Horand Knaup (2016): „Weniger ist mehr“, in: *Der Spiegel* 37/2016, S. 27.
- Bukow, Sebastian (2013): „Die Wiederentdeckung der mitgliederbasierten Parteiorganisation. Ziele, Prozess und Ergebnisse der SPD-Parteireform 2009-2011“, in: Oskar Niedermayer, Benjamin Höhne und Uwe Jun (Hrsg.): *Abkehr von den Parteien? Parteiendemokratie und Bürgerprotest*. Wiesbaden: Springer VS, S. 231-259.
- Bukow, Sebastian (2014): „Die SPD-Parteiorganisationreform 2009-2011: Mit Primaries und verstärkter Basisbeteiligung auf dem Weg zur ‚modernsten Partei Europas‘“, in: Ursula Münch, Uwe Kranenpohl und Henrik Gast (Hrsg.): *Parteien und Demokratie. Innerparteiliche Demokratie im Wandel*, Baden-Baden: Nomos, S. 133-150.
- Butzlaff, Felix und Matthias Micus (2011): „Mao in Berlin? Die SPD auf der Suche nach einem neuen Projekt“, in: dies. und Franz Walter: *Genossen in der Krise? Europas Sozialdemokratie auf dem Prüfstand*. Göttingen u.a.: Vandenhoeck & Ruprecht, S. 11-30.
- Decker, Frank (2015): *Parteiendemokratie im Wandel*. Baden-Baden: Nomos.
- Dürr, Tobias (2002): „Was ist und wem gehört die Neue Mitte? Überlegungen zum Parteienstreit um einen strategischen Begriff“, in: Tilman Mayer und Reinhard C. Meier-Walser (Hrsg.): *Der Kampf um die politische Mitte. Politische Kultur und Parteiensystem seit 1998*. München: Olzog, S. 30-42.
- Elff, Martin und Sigrid Roßteutscher (2016): „Parteiwahl und Nichtwahl: Zur Rolle sozialer Konfliktlinien“, in: Harald Schoen und Bernhard Weßels (Hrsg.): *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2013*. Wiesbaden: Springer VS, S. 45-69.
- Embacher, Serge (2015): *Die arbeitende Mitte in Ost- und Westdeutschland 25 Jahre nach dem Mauerfall*. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.

- Feist, Ursula, Manfred Güllner und Klaus Liepelt (1977): „Die Mitgliedschaft von SPD und CDU/CSU zwischen den sechziger und siebziger Jahren“, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 18. Jg., Heft 2/3, S. 257-278.
- Forsa (2015): *Befindlichkeiten der SPD-Mitglieder im Sommer 2015. Forsa-Studie „Die SPD quält sich selbst“ für den Stern vom 30.7.2015, Manuskript*, S. 93-94.
- Gabriel, Sigmar (2009): *Rede auf dem Dresdner Parteitag*, in: *SPD-Parteivorstand (Hrsg.): Protokoll des ordentlichen Bundesparteitages der SPD, Dresden, 13.-15. November 2009. Berlin*, S. 165-199.
- Gabriel, Sigmar (2010): „Ich bin nicht Kanzlerkandidat“, in: *Der Spiegel*, Nr. 27/2010, S. 26-28.
- Gabriel, Sigmar (2016): „Im Schafspelz“, in: *Der Spiegel*, Nr. 25/2016, S. 40-41.
- Greive, Martin und Daniel Friedrich Sturm (2016): „Der Millionär und die Misere“, in: *Welt am Sonntag*, 24. April 2016, S. 4.
- Grunden, Timo (2012): „Die SPD. Zyklen der Organisationsgeschichte und Strukturmerkmale innerparteilicher Entscheidungsprozesse“, in: *Karl-Rudolf Korte und Jan Treibel (Hrsg.): Wie entscheiden Parteien? Baden-Baden: Nomos*, S. 93-119.
- Güllner, Manfred (1977): „Daten zur Mitgliederstruktur der SPD: Von der Arbeiterelite zu den Bourgeoissöhnchen“, in: *Carl Böhret u.a. (Hrsg.): Wahlforschung: Sonden im politischen Markt*, 2. Aufl. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 91-106.
- Heinrich, Roberto, Sven Jochem und Nico A. Siegel (2016): *Die Zukunft des Wohlfahrtsstaates. Einstellungen zur Reformpolitik in Deutschland. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung*.
- Infratest dimap (2013): *Wahlreport 2013. Berlin*.
- Infratest dimap (2016): *Deutschlandtrend September 2016. Berlin*.
- Jun, Uwe (2013): „Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)“, in: *Frank Decker und Viola Neu (Hrsg.): Handbuch der deutschen Parteien*, 2. Aufl. Wiesbaden: Springer VS, S. 387-403.

- Jung, Matthias (2016): „Merkels Formel der Macht. Zwischen Mitte und Modernisierung“, in: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, 29. Jg., Heft 3, S. 230-234.
- Kaeding, Michael und Stefan Haußner (2016): *Gut bekannt und unerreicht? Soziodemographisches Profil der Nichtwählerinnen*. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Kerl, Christian (2016): „Gabriel bläst zur Attacke auf die Union“, in: *Hamburger Abendblatt*, 6. Juni 2016, S. 3.
- Kerl, Christian/Gaugele, Jochen (2016): „Rot-Rot-Grün sucht den Weg zur Macht“, in: *Hamburger Abendblatt*, 19. Oktober 2016, S. 5.
- Kitschelt, Herbert (1994): *The Transformation of European Social Democracy*. New York: Cambridge University Press.
- Klein, Markus (2011): „Wie sind die Parteien gesellschaftlich verwurzelt?“, in: Tim Spier u.a. (Hrsg.): *Parteimitglieder in Deutschland*. Wiesbaden: Springer VS, S. 39-59.
- Köcher, Renate (2016): *Stimmungslage und Erwartungen der Bürger*. Allensbach: Institut für Demoskopie. Manuskript.
- Kohl, Jürgen (2016): *Akzeptanz des Wohlfahrtsstaates. Hohe Verantwortung, verlorenes Vertrauen?* Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Leif, Thomas und Joachim Raschke (1994): *Rudolf Scharping, die SPD und die Macht*. Reinbeck bei Hamburg: Rowohlt.
- Lipset, Seymour M. und Stein Rokkan (1967): „Cleavage Structures, Party Systems and Voter Alignments: An Introduction“, in: dies. (Hrsg.): *Party Systems and Voter Alignments: Cross-National Perspectives*. New York: The Free Press, S. 1-64.
- Lösche, Peter und Franz Walter (1992): *Die SPD. Klassenpartei – Volkspartei – Quotenpartei*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Lucke, Albrecht von (2015): *Die schwarze Republik und das Versagen der deutschen Linken*. München: Verlagsgruppe Droemer Knaur.
- Machnig, Matthias (2000): „Auf dem Weg zur Netzwerkpartei“, in: *Die Neue Gesellschaft*, Heft 7, S. 654-660.

- Mattheis, Hilde (2015): „Das ärgert mich gewaltig“, Interview mit die tageszeitung, 18. Juli 2015.
- Merkel, Wolfgang (2000): „Die Dritten Wege der Sozialdemokratie ins 21. Jahrhundert“, in: Berliner Journal für Soziologie, Bd. 10, Heft 1, S. 99-124.
- Michels, Robert (1970, zuerst 1911): Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie: Untersuchungen über die oligarchischen Tendenzen des Gruppenlebens. Stuttgart: Kröner.
- Nachtwey, Oliver (2009): Marktsozialdemokratie. Die Transformation von SPD und Labour Party. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Niedermayer, Oskar (2016): Parteimitglieder in Deutschland: Version 2016. Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum, Nr. 26. Berlin: Freie Universität.
- Niedermayer, Oskar und Jürgen Hofrichter (2016): „Die Wählerschaft der AfD. Wer ist sie, woher kommt sie und wie weit rechts steht sie?“, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 47. Jg., Heft 2, S. 267-294.
- Niesmann, Andreas (2016): „Gabriels Beraterquartett“, in: Focus, Nr. 4/2016, S. 34-35.
- Olberg, Robert von (2015): „Versprochen, gebrochen – Die SPD und das Aufstiegsversprechen“, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 4, S. 69-76.
- Oppermann, Thomas (2017): Wir brauchen eine kontrollierte Einwanderung, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 5. Februar 2017, S. 5.
- Reinhardt, Max (2014): Gesellschaftspolitische Ordnungsvorstellungen der SPD-Flügel nach 1945. Baden-Baden: Nomos.
- Ristau-Winkler, Malte (2015): „Mission 30 plus“, in: Berliner Republik, Nr. 5, S. 17-20.
- Sattar, Majid (2016): „Steinmeiers Wandlungen“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18. August 2016, S. 1.

- Schäfer, Armin (2012): „Beeinflusst die sinkende Wahlbeteiligung das Wahlergebnis? Eine Analyse kleinräumiger Wahldaten in deutschen Großstädten“, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 53. Jg., Heft 2, S. 240-364.
- Schäfer, Armin (2015): *Der Verlust der politischen Gleichheit*. Frankfurt am Main und New York: Campus.
- Schäfer, Armin, Robert Vehrkamp und Jeremie Gagne (2013): *Prekäre Wahlen. Milieus und soziale Selektivität der Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2013*. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Schmitt, Hermann (1990): „Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands“, in: Alf Mintzel und Heinrich Oberreuter (Hrsg.): *Parteien in der Bundesrepublik Deutschland*. Opladen: Leske und Budrich, S. 129-157.
- Schmollinger, Horst W. und Richard Stöss (1989): „Arbeitnehmer, Gewerkschaften und SPD in der Krise der achtziger Jahre“, in: Dietrich Herzog und Bernhard Weßels (Hrsg.): *Konfliktpotentiale und Konsensstrategien*. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 68-98.
- Scholz, Olaf (2016): „30 Prozent plus X sind zu schaffen“, Interview mit der Welt am Sonntag, 19. Juni 2016, S. 6.
- Schulz, Martin (2017): „Ich bin kein Populist“, Interview mit dem Spiegel, Nr. 6/2017, S. 18-33.
- SPD-Parteivorstand (1998): „Arbeit, Innovation und Gerechtigkeit“. *SPD-Wahlprogramm für die Bundestagswahl 1998*. Bonn.
- SPD-Parteivorstand (2010): *Ergebnisse einer bundesweiten Befragung der SPD-Ortsvereine*. Berlin.
- SPD-Parteivorstand (2011): *Organisationsstatut*, Stand: 4. Dezember 2011, Berlin.
- SPD-Parteivorstand (2016): *Starke Ideen für Deutschland 2025. Impulse für die sozialdemokratische Politik im kommenden Jahrzehnt*. Berlin.

- Spier, Tim (2011): „Welche politischen Einstellungen haben die Mitglieder der Parteien?“, in: ders. u.a. (Hrsg.): *Parteimitglieder in Deutschland*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 139-155.
- Spier, Tim (2017): „Die Linke. Von der Regionalpartei Ost zur Partei des sozialen Souterrains?“, in: Elmar Wiesendahl (Hrsg.): *Parteien und soziale Ungleichheit*. Wiesbaden: Springer VS, S. 191-222.
- Spier, Tim und Ulrich von Alemann (2013): „Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands“, in: Oskar Niedermayer (Hrsg.): *Handbuch Parteienforschung*. Wiesbaden: Springer VS, S. 439-467.
- Stegner, Ralf, Johanna Uekermann und Matthias Miersch (2015): *Morgen gut leben – zehn Thesen für eine gerechte Gesellschaft*. Manuskript.
- Sturm, Daniel F. (2016): „Gabriel handelt aus Notwehr“, in: *Die Welt*, 25. Januar 2016.
- Totz, Daniel (2011): *Bereit für Veränderungen? Die geplante Parteireform der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands*. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Walter, Franz (1995): „Die SPD nach der deutschen Vereinigung – Partei in der Krise oder bereit zur Regierungsübernahme?“, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, Heft 1, S. 85-97.
- Walter, Franz (2008): *Baustelle Deutschland*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp VS.
- Walter, Franz (2010): *Vorwärts oder abwärts? Zur Transformation der Sozialdemokratie*. Berlin: Suhrkamp VS.
- Wasserhövel, Kajo (2016): „Die SPD muss das taktische Geplänkel lassen“, Interview mit ZEIT Online, 07. April 2016, zuletzt aufgerufen am 8. Dezember 2016.
- Weßels, Bernhard (2000): „Gruppenbildung und Wahlverhalten. 50 Jahre Wahlen in Deutschland“, in: Markus Klein u. a. (Hrsg.): *50 Jahre empirische Sozialforschung in Deutschland*. Wiesbaden: Springer VS, S. 129-157.

- Wiesendahl, Elmar (2006): *Mitgliederparteien am Ende? Eine Kritik der Niedergangsdiskussion*. Wiesbaden: Springer VS.
- Wiesendahl, Elmar (2011a): „Ist das Strategie? Strategische Richtungssuche von CDU und SPD zwischen den Wahlen“, in: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, 24. Jg., Heft 3, S. 119-129.
- Wiesendahl, Elmar (2011): *Volksparteien: Aufstieg. Krise. Zukunft*. Opladen, Berlin, Farmington Hills: Verlag Barbara Budrich.
- Wiesendahl, Elmar (2013): „Kein Frischblut mehr. Anmerkungen zur Erforschung der Nachwuchskrise der Parteien“, in: Ulrich von Alemann, Martin Morlok und Tim Spier (Hrsg.): *Parteien ohne Mitglieder?* Baden-Baden: Nomos, S. 79-125.
- Wiesendahl, Elmar (2014): „In der ostdeutschen Achterbahn“, in: *Berliner Republik*, Heft 5, S. 24-27.
- Wiesendahl, Elmar (2015): „Von Hamburg lernen heißt siegen lernen“, in: *Berliner Republik*, Heft 2, S. 9-12.
- Wiesendahl, Elmar (2016): „Der Kulturkonflikt um die Flüchtlingskrise und die politischen Folgen“, in: *Zeitschrift für Staats- und Europawissenschaft*, 14. Jg., Heft 1, S. 53-79.
- Wilhelmy, Frank (2015): „Konstellationen und Koalitionen angesichts Rechtspopulismus und Flüchtlingskrise. Nur eines scheint sicher: Vergesst schwarz-grün für 2017“, in: *Perspektiven des demokratischen Sozialismus*, 32. Jg., Heft 2, S. 6-14.

DER AUTOR

Prof. Dr. Elmar Wiesendahl ist promovierter Soziologe und habilitierter Politikwissenschaftler. Er lehrte lange Zeit als Professor für Politikwissenschaft an der Universität der Bundeswehr in München. Seit 2010 gehört er zum Team der Agentur für Politische Strategie (APOS) in Hamburg. Einer seiner Forschungsschwerpunkte ist die Parteienforschung. In zahlreichen Veröffentlichungen hat er sich mit der Entwicklung der Parteien in Deutschland und ihrer gesellschaftlichen Verankerung befasst.

ANSPRECHPARTNER IN DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

*Dr. habil. Karsten Grabow
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Hauptabteilung Politik und Beratung
D-10907 Berlin
Tel.: +49 (0)30 26996-3246
Fax: +49 (0)30 26996-3551
E-Mail: Karsten.Grabow@kas.de*

*Postanschrift:
Konrad-Adenauer-Stiftung, 10907 Berlin*



Konrad
Adenauer
Stiftung



www.kas.de